

Lagebericht

zum Jahresabschluss des Kreises Minden-Lübbecke
für das Haushaltsjahr 2017

Inhaltsverzeichnis

Allgemeines	2
Überblick über die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses	5
Vermögenslage	5
Entwicklung des Eigenkapitals	5
Entwicklung des Anlagevermögens	7
Entwicklung des Umlaufvermögens	8
Schuldenlage.....	9
Rückstellungen	9
Verbindlichkeiten	10
Ertragslage	13
Finanzlage	14
Vorgänge von besonderer Bedeutung	15
Analyse der Haushaltswirtschaft.....	16
Positionen der Ergebnisrechnung	16
Positionen der Finanzrechnung	26
Positionen der Bilanz	34
NKF-Kennzahlenset.....	37
Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung.....	47
Angaben nach § 95 Abs. 2 GO NRW	50

Allgemeines

Der Kreis hat nach § 95 der Gemeindeordnung i. V. m. § 53 Absatz 1 der Kreisordnung zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen, in dem das Ergebnis der Haushaltswirtschaft nachzuweisen ist. Der Jahresabschluss muss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage vermitteln und ist zu erläutern. Auch ist ihm gem. § 48 GemHVO ein Lagebericht beizufügen.

Der Kreis Minden-Lübbecke hat im Jahr 2006 seine Buchhaltung von der Kameralistik auf die Kommunale Doppik umgestellt und arbeitet in seiner Finanzbuchhaltung seitdem nach den Vorschriften des NKF. Im nun mehr zwölften Jahr nach der Umstellung wurde zum vierten Mal in Folge ein strukturell ausgeglichener Haushalt geplant. Die Planung konnte im Ergebnis übertroffen werden. Es wurde ein Überschuss von rd. 1,8 Mio. € erzielt, der der Ausgleichsrücklage zugeführt werden soll. Somit konnten negative Ergebnisse der Vorjahre weiter kompensiert werden.

Erste Pressemitteilungen über vorliegende Abschlüsse 2017 der kreisangehörigen Städte und Gemeinden deuten ebenso auf Ergebnisse hin, die deutlich über den Erwartungen liegen. Dennoch gibt es im Hinblick auf die gesamtwirtschaftliche Situation deutliche regionale Unterschiede. Die Stadt Minden befindet sich noch bis zum Jahr 2020, die Stadt Porta Westfalica bis zum Jahr 2021 im Stärkungspakt; die Stadt Preußisch Oldendorf befindet sich noch bis einschl. 2017 in der Haushaltssicherung, wird diese jetzt aber voraussichtlich verlassen können.

Insgesamt stellt sich die Entwicklung der Finanzkraft der Kommunen im Kreis Minden-Lübbecke in der Zeitreihe wie folgt dar:

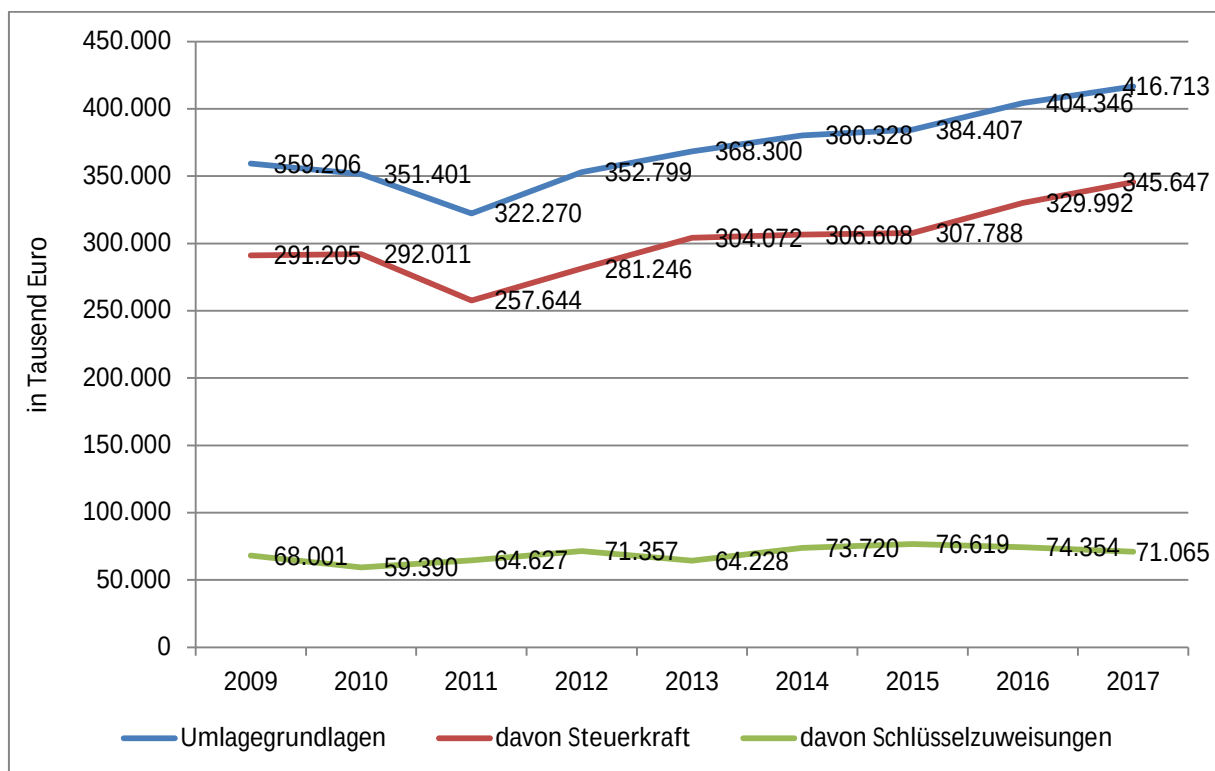
Jahr	Umlage- grundlagen	Differenz zum Vorjahr	davon Steuerkraft	Differenz zum Vorjahr	davon Schlüssel- zuweisungen	Differenz zum Vorjahr
2009	359.206.039	24.586.582	291.204.850	29.520.046	68.001.189	-3.064.239
2010	351.401.004	-7.805.035	292.011.146	806.296	59.389.858	-8.611.331
2011	322.270.442	-29.130.562	257.643.724	-34.367.422	64.626.718	5.236.860
2012	352.799.084	30.528.642	281.246.393	23.602.669	71.357.199	6.730.481
2013	368.300.439	15.501.355	304.072.018	22.825.625	64.228.421	-7.128.778
2014	380.328.473	12.028.034	306.608.119	2.536.101	73.720.354	9.491.933
2015	384.406.870	4.078.397	307.788.289	1.180.170	76.618.581	2.898.227
2016	404.346.104	19.939.234	329.992.321	22.204.032	74.353.783	-2.264.798
2017	416.712.554	12.366.450	345.647.104	15.654.783	71.065.450	-3.288.333

* Angaben in Euro, wenn nicht anders angegeben

Nach einem Einbruch der Umlagegrundlagen in den Jahren 2010 und insbesondere 2011 kommt es insgesamt wieder zu deutlichen Steigerungen. Im Vergleich der Jahre 2016 / 2017 sind die Umlagegrundlagen in Summe um knapp 12,4 Mio. € gestiegen (Vorjahr rd. +20 Mio. €). Davon entfallen rd. 15,6 Mio. € auf die kommunale Steuerkraft; die Schlüsselzuweisungen sind um 3,3 Mio. € zurückgegangen. Dabei ist auch zu beachten, dass die Städte Espelkamp und Porta Westfalica sowie die Gemeinden Hüllhorst und Stemwede aufgrund ihrer Finanzkraft keine Schlüsselzuweisungen erhalten haben.

Grafisch stellt sich die Tabelle folgendermaßen dar:

Finanzkraft der Kommunen im Kreis Minden-Lübbecke nach GFG –
Umlagegrundlagen 2009 bis 2017:



Im Zeitraum 2012 - 2017 haben sich die Kreisumlagen wie folgt entwickelt:

Haushaltsjahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Umlagegrundlagen allgemeine Kreisumlage	352.799.084	368.300.439	380.328.473	384.406.870	404.346.104	416.712.554
Hebesatz allgemeine Kreisumlage	39,55%	39,55%	38,71%	38,71%	38,71%	38,71%
Aufkommen allgemeine Kreisumlage	139.532.030	145.662.824	147.225.152	148.803.899	156.522.377	161.309.430
Umlagegrundlagen diff. Kreisumlage	153.015.443	162.931.467	165.996.389	165.025.966	173.161.626	176.483.878
Hebesatz diff. Kreisumlage	18,40%	17,70%	17,60%	18,84%	19,31%	18,80%
Aufkommen diff. Kreisumlage	28.154.837	27.490.354	29.215.364	31.090.892	33.437.510	33.178.969
Gesamtaufkommen Kreisumlagen	167.686.867	173.153.178	176.440.516	179.894.791	189.959.887	194.488.399

* Angaben in Euro, wenn nicht anders angegeben

Der Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage betrug in den Jahren 2012 und 2013 noch 39,55 %, wurde im Jahr 2014 auf 38,71 % gesenkt und beträgt seit dem bis zum Jahr 2017 durchgehend 38,71 %. Im Vergleich zum Beginn des Betrachtungszeitraumes hat sich der Hebesatz nach unten entwickelt (-0,84 %). Diese Stabilität zeigt sich im Bereich der differenzierten Kreisumlage nicht. Hier sind die Hebesätze größeren Schwankungen unterworfen.

Die differenzierte Kreisumlage ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,51 Punkte gesenkt worden. Dies war möglich, da die Bedarfe aufgrund verschiedener Ursachen, insbesondere sinkender Fallzahlen, leicht gesunken, die Umlagegrundlagen jedoch gestiegen sind.

Bei der Spitzabrechnung der differenzierten Kreisumlage 2017 kommt es darüber hinaus zu einem deutlichen Überschuss in Höhe von rd. 4,3 Mio. €, der an die Kommunen ohne eigenes Jugendamt in 2019 ausgezahlt werden soll.

Insgesamt ist zu ersehen, dass der Kreis stets auf die finanzielle Situation seiner Städte und Gemeinden Rücksicht genommen und bei der Bemessung der Kreisumlagen die gebotene Zurückhaltung geübt hat.

Überblick über die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses

Vermögenslage

Entwicklung des Eigenkapitals

Unter Berücksichtigung des Haushaltsergebnisses für 2017 entwickelt sich das bilanzielle Eigenkapital des Kreises wie folgt:

	Bilanz 2016	Änderungen	Bilanz 2017
Eigenkapital	117.772.176,62 €	3.914.242,40 €	121.686.419,02 €
Allgemeine Rücklage	79.251.952,46 €	1.952.250,35 €	81.204.202,81 €
Sonderrücklagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Ausgleichsrücklage	26.417.831,47 €	12.102.392,69 €	38.520.224,16 €
Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss	12.102.392,69 €	-10.140.400,64 €	1.961.992,05 €

Veränderungen der Allgemeinen Rücklage

Nach dem 1. NKF-Weiterentwicklungsgesetz i. V. m. § 43 Abs. 3 GemHVO sind vom Haushaltsjahr 2013 an Wertberichtigungen von Finanzanlagen sowie Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang und der Veräußerung von Vermögensgegenständen (§ 43 Absatz 3 GemHVO) zwingend gegen die Allgemeine Rücklage zu buchen. Damit wird zwar die Veränderung der Vermögenswerte abgebildet, aber eine Belastung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden oder der Ausgleichsrücklage vermieden.

Im Jahr 2017 sind Verrechnungen mit der Allgemeinen Rücklage in Höhe von insgesamt 1.952.250,35 € vorgenommen worden. Diese setzen sich zusammen aus Wertberichtigungen von Finanzanlagen in Höhe von 1.891.462,39 € sowie aus dem Abgang und der Veräußerung von Vermögensgegenständen in Höhe von 60.787,96 €.

Vermögensgegenstände	Erträge	316.388,85 €	
	Aufwendungen	-255.600,89 €	60.787,96 €

Finanzanlagen	Erträge	1.983.342,80 €	
	Aufwendungen	-91.880,41 €	1.891.462,39 €

Verrechnungssaldo 1.952.250,35 €

Einzelheiten können dem Anhang entnommen werden.

Veränderungen der Ausgleichsrücklage

Im Jahr 2017 konnte ein positives Jahresergebnis in Höhe von rd. 1,96 Mio. € erwirtschaftet werden. Die ursprüngliche Planung sah ein ausgeglichenes Ergebnis, mithin keine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage vor. Dem Haushaltsansatz sind aber noch die Ermächtigungsübertragungen aus dem Vorjahr hinzuzurechnen (sog. fortgeschriebener Ansatz). Ermächtigungen wurden in einer Summe von rd. 356 T€ übertragen.

	Ergebnis 2016	Fortgeschriebener Ansatz 2017	Ergebnis 2017	Vgl. Ansatz/ Ist
Ordentliche Erträge	467.396.597,60	475.169.601,00	490.924.356,31	15.754.755,31
Finanzerträge	1.412.106,40	1.408.553,00	1.321.221,03	-87.331,97
Summe Erträge	468.808.703,90	476.578.154,00	492.245.577,34	15.667.423,34
Ordentl. Aufwendungen	455.156.735,17	475.370.320,95	488.813.672,49	13.443.351,54
Finanzaufwendungen	1.549.576,14	1.564.500,00	1.469.912,80	-94.587,20
Summe Aufwendungen	456.706.311,31	476.934.820,95	490.283.585,29	13.348.764,34
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit und zugleich Jahresergebnis	12.102.392,69	-356.666,95	1.961.992,05	2.318.659,00

* alle Angaben in Euro

Insgesamt kann der Ausgleichsrücklage aus dem Jahresergebnis 2017 – vorbehaltlich des entsprechenden Kreistagsbeschlusses – nochmals ein Betrag zugeführt werden. Der Höchstbetrag von einem Drittel des Eigenkapitals (rd. 40,5 Mio. €) wird noch nicht erreicht.

Ursächlich für die Ergebnisverbesserung in Höhe von rd. 1,96 Mio. € sind Mehrerträge und Minderaufwendungen gleichermaßen.

Im Bereich der Erträge konnten in nahezu allen Kontengruppen Verbesserungen erzielt werden, die in Summe rd. 15,7 Mio. € betragen. Dazu haben im Wesentlichen, wie bereits im Vorjahr, die Kostenerstattungen und Kostenumlagen (rd. +8,5 Mio. €) beigetragen. Diesen stehen aber in der Regel entsprechende Aufwendungen gegenüber.

Des Weiteren sind wesentliche Mehrerträge bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen (rd. +2,9 Mio. €) zu nennen. Unter Berücksichtigung der Minderung bei den Finanzerträgen kommt es in Summe zu Mehrerträgen in Höhe von rd. 15,6 Mio. €.

Im Bereich der Aufwendungen ist es demgegenüber in fast allen Kontengruppen zu Verschlechterungen gekommen. Eine Ausnahme hiervon bilden die Personalaufwendungen (rd. -2,3 Mio. €). Bei den Transferaufwendungen (rd. +7,1 Mio. €) und den Sonstigen ordentlichen Aufwendungen (rd. +6,3 Mio. €) kam es zu den höchsten Steigerungen. Insgesamt ergeben sich bei den Aufwendungen Verschlechterungen in Höhe von rd. 13,4 Mio. €. Unter Berücksichtigung der Minderung bei den Finanzaufwendungen kommt es in Summe zu Aufwendungen in Höhe von rd. 13,3 Mio. €.

Ein außerordentliches Ergebnis war nicht zu verzeichnen.

Sofern der Kreistag der Empfehlung zur Feststellung des Jahresergebnisses 2017 folgt, ist der Jahresüberschuss der Ausgleichsrücklage zuzuführen, die dann einen Bestand von rd. 40,3 Mio. € hätte.

Entwicklung des Anlagevermögens

Wertberichtigungen am Sachanlagevermögen

Im Jahr 2017 wurden keine außerplanmäßigen Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens vorgenommen. Wertberichtigungen erfolgten lediglich im Rahmen der planmäßigen Abschreibungen.

Wertberichtigung von Finanzanlagen

Bei den in der gemeindlichen Bilanz angesetzten Finanzanlagen waren planmäßige Abschreibungen zunächst nicht vorzunehmen:

Zu jedem Abschlussstichtag ist zu prüfen, ob objektive und gewichtige Anzeichen vorliegen, die einen Anlass für eine dauernde Wertminderung geben können. Im Jahr 2017 hat sich die Notwendigkeit einer Wertberichtigung des Aktienvermögens ergeben.

Wertberichtigung der RWE-Stammaktien und der Aktien der RW-Holding AG

Der Kreis Minden-Lübbecke besitzt ein Aktienpaket von 269.140 Stammaktien der RWE AG. Diese wurden im Jahr 2006 in der Eröffnungsbilanz des Kreises mit einem Buchwert von 13.715.374,40 €, das entspricht einem Wert von 50,96 € / Aktie bilanziert. Im Jahr 2012 wurde dieser Wert auf 31,23 € pro Aktie reduziert (wertberichtigt). Der Wertverlust des Aktienpaketes betrug 5.310.132,20 €. Im Jahr 2013 wurde keine Wertberichtigung vorgenommen; im Jahr 2014 ist eine erneute Wertberichtigung auf 25,68 € erfolgt (Wertverlust: 1.493.727,00 €); im Jahr 2015 war eine weitere Wertberichtigung auf 11,68 € vorzunehmen.

Des Weiteren befindet sich auch ein Aktienpaket von 111.540 Stück Aktien der RW-Holding AG im Eigentum des Kreises. Diese Aktien sind nicht börsengängig und waren deshalb nur mit einem Wert von 2.225.223,00 €, das entspricht ca. 19,95 € / Aktie in der Eröffnungsbilanz des Kreises angesetzt. Im Jahr 2015 waren auch diese Aktien erstmalig im Wert zu berichtigen und wurden seitdem in der Bilanz des Kreises mit 11,68 € geführt.

Aufgrund der Entwicklung des Aktienkurses wurde im Jahresabschluss des Jahres 2017 eine Überprüfung der Werthaltigkeit vorgenommen. Diese hat ergeben, dass eine Zuschreibung auf nunmehr 16,89 € pro Aktie, in einer Gesamthöhe von 1.983.342,80 € vorzunehmen war.

Aktien- gesellschaft	Anzahl Aktien	aktueller Buchwert		Stichtagswert		Abweichung
		pro Stück	gesamt	pro Stück	gesamt	
RWE	269.140	11,68 €	3.143.555,20 €	16,89 €	4.545.774,60 €	1.402.219,40 €
RW Holding	111.540	11,68 €	1.302.787,20 €	16,89 €	1.883.910,60 €	581.123,40 €
Gesamt	380.680		4.446.342,40 €		6.429.685,20 €	1.983.342,80 €

Die Methode der Ermittlung der Wertberichtigung wird im Anhang dargestellt.

Beteiligung an den Mühlenkreiskliniken AöR

Der Kreis hat die Werthaltigkeit seiner Beteiligung an den Mühlenkreiskliniken AöR gutachtlich prüfen lassen. Nach den Ergebnissen des Gutachtens der Fa. INTECON aus dem Jahr 2013 war eine Wertberichtigung der Beteiligung bisher nicht vorzunehmen. Anhaltspunkte für eine erneute gutachtliche Überprüfung bzw. Hinweise auf eine Wertminderung haben sich nicht ergeben.

Weitere Finanzanlagen

Zu den weiteren Finanzanlagen wird im Anhang Stellung genommen.

Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage

Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang und der Veräußerung von Vermögensgegenständen sowie aus der Wertveränderung von Finanzanlagen sind gem. § 43 Absatz 3 GemHVO unmittelbar mit der allgemeinen Rücklage zu verrechnen. Im Haushaltsjahr 2017 hat dies wie folgt zu einem Vermögenszuwachs geführt:

	Jahresergebnis 2016	Ist-Ergebnis 2017
Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	67.392,30 €	316.388,85 €
Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	264.830,80 €	255.600,89 €
Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen		1.983.342,80 €
Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen	248.714,62 €	91.880,41 €
Verrechnungssaldo	-446.153,12 €	1.952.250,35 €

Ursächlich für die hohen Verrechnungen bei den Finanzanlagen war im Jahr 2017 insbesondere die Wertberichtigung der RWE-Stammaktien (Zuschreibung). Eine solche Besonderheit zeigt sich im Jahresabschluss 2016 nicht. Die sonstigen Verrechnungen im Bereich der Finanzanlagen beziehen sich im Wesentlichen auf die Ausbuchung eines Sozialhilfedarlehns.

Entwicklung des Umlaufvermögens

Bei Vermögensgegenständen des Umlaufvermögens sind gem. § 35 Absatz 7 GemHVO Abschreibungen vorzunehmen, um diese mit einem niedrigeren Wert anzusetzen, der sich aus einem beizulegenden Wert am Abschlussstichtag ergibt.

Forderungen

Im Jahr 2017 wurden – unter Zugrundelegung des im Jahr 2013 festgelegten Verfahrens – bei den Pauschalwertberichtigungen (ohne Jugendamt) Zugänge (Aufwand) in Höhe von

294.475,68 € und Abgänge (Ertrag) in Höhe von 21.733,98 € ermittelt, so dass insgesamt ein Zugang in Höhe von 272.741,70 € zu verzeichnen war.

Im Jugendamtsbereich wurden Zugänge bei den Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 158.054,28 € und Abgänge in Höhe von 143.150,58 € ausgewiesen. In Summe ergeben sich hier Veränderungen in Höhe von 14.903,70 €.

Insgesamt waren über alle Einnahmearten hinweg Zugänge in Höhe von 452.529,96 € und Abgänge in Höhe von 164.884,55 € zu verzeichnen. Die summarische Veränderung im Bereich der pauschalen Wertberichtigungen beträgt somit insgesamt 287.645,40 € an Zugängen.

Einzelwertberichtigungen für Forderungen über 100.000 € waren nicht erforderlich.

Schuldenlage

Rückstellungen

Pensionsrückstellungen

Die Pensions- und Beihilferückstellungen haben sich folgendermaßen entwickelt:

Bezeichnung	Bestand zum 31.12.2016	Veränderungen 2017	neuer Bestand zum 31.12.2017
Pensionsrückstellungen	100.590.344,00 €	2.675.397,00 €	103.265.741,00 €
Pensionsrückstellungen Umwelt-/ Versorgungsverwaltung	3.688.556,00 €	120.132,00 €	3.808.688,00 €
Pensionsrückstellungen MKK	351.851,45 €	-1.448,00 €	350.403,45 €
Summe:	104.630.751,45 €	2.794.081,00 €	107.424.832,45 €

Bezeichnung	Bestand zum 31.12.2016	Veränderungen 2017	neuer Bestand zum 31.12.2017
Beihilferückstellungen	30.534.228,00 €	926.213,00 €	31.460.441,00 €
Beihilferückstellungen Umwelt-/ Versorgungsverwaltung	1.207.645,00 €	59.242,00 €	1.266.887,00 €
Beihilferückstellungen MKK	75.102,91 €	1.357,00 €	76.459,91 €
Summe:	31.816.975,91 €	986.812,00 €	32.803.787,91 €

Gesamtsummen:	136.447.727,36 €	3.780.893,00 €	140.228.620,36 €
---------------	------------------	----------------	------------------

Rückstellungen für Deponien und Altlasten

Rückstellungen für Deponien und Altlasten waren nicht erforderlich. Sie werden beim Abfallentsorgungsbetrieb des Kreises Minden-Lübbecke (AML) gebildet.

Instandhaltungsrückstellungen

	Bestand zum 31.12.2016	Entnahme 2017	Auflösung 2017	Zuführung 2017	Endbestand 2017
Kreisstraßen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	1.402.000,00 €	1.402.000,00 €
Bauunterhaltung	670.000,00 €	352.286,92 €	317.713,08 €	2.581.000,00 €	2.581.000,00 €
Summe	670.000,00 €	352.286,92 €	317.713,08 €	3.983.000,00 €	3.983.000,00 €

Im Bereich des Straßenbaus wurden im Jahr 2017 Rückstellungen in Höhe von rd. 1,4 Mio. € gebildet. Sie waren aufgrund unterlassener Instandhaltungen an verschiedenen Kreisstraßen erforderlich.

Im Bereich der Bauunterhaltung wurde die bisherige Rückstellung in Höhe von 670.000,00 € zahlungswirksam mit 352.286,92 € in Anspruch genommen, um die in 2016 unterlassenen Instandhaltungsmaßnahmen in 2017 nachzuholen. Der Restbetrag wurde ertragswirksam aufgelöst.

Jedoch mussten für in 2017 unterlassene Instandhaltungen im Bereich der Bauunterhaltung zum Bilanzstichtag 31.12.2017 erneut Rückstellungen in Höhe von rd. 2,5 Mio. € gebildet werden.

Es ist beabsichtigt, die Instandhaltungsmaßnahmen im kommenden Jahr nachzuholen. Eine Auflistung der zugrundeliegenden Maßnahmen ist im Anhang enthalten.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen betragen 10.641.947,67 € (Vorjahr 13.770.836,04 €). Einzelheiten ergeben sich aus der Anlage zum Anhang.

Verbindlichkeiten

Kreditaufnahmen

Neue Kredite für Investitionen wurden nicht aufgenommen. Es sind keine Umschuldungen vorgenommen worden. Im Saldo ergibt sich für den Kreis Minden-Lübbecke für das Haushaltsjahr 2017 eine Nettoentschuldung in Höhe von rd. 4,9 Mio. €. Die Verschuldung des Kreises aus Krediten für Investitionen beträgt zum Bilanzstichtag 31.12.2017 rd. 41,2 Mio. € (im Vorjahr rd. 46,1 Mio. €).

Kredite zur Liquiditätssicherung

Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung wurden nicht aufgenommen. Ein „fester“ Bestand an Krediten zur Liquiditätssicherung ist ebenfalls nicht vorhanden. Zum Stichtag 31.12.2017 ist kein Kassenkreditbestand auszuweisen.

Vorgänge, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen

Vorgänge, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen, sind in Höhe von rd. 2,5 Mio. € bilanziert. Das sind rd. 354 T€ weniger als im Vorjahr. Es handelt sich hierbei in erster Linie um Leasingverträge für den Fahrzeugpark sowie um Schuldendiensthilfen.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betrugen zum Bilanzstichtag rd. 1,7 Mio. €. Das sind rd. 854 T€ mehr als im Vorjahr (867 T€).

Verbindlichkeiten aus Transferleistungen

Verbindlichkeiten aus Transferleistungen bestanden zum Bilanzstichtag in Höhe von rd. 1,4 Mio. € (im Vorjahr rd. 2,9 Mio. €). Transferleistungen sind Leistungen im sozialen Bereich wie z.B. Jugendhilfeleistungen, denen keine Gegenleistungsverpflichtung gegenüber steht. Sie werden als Verbindlichkeiten bilanziert, wenn der Kreis seine rechtliche Verpflichtung zur Zahlung noch nicht erfüllt hat.

Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten werden zum Bilanzstichtag mit insgesamt rd. 7,4 Mio. € ausgewiesen; das sind rd. 4,1 Mio. € mehr als im Vorjahr (rd. 3,3 Mio. €).

Die sonstigen Verbindlichkeiten sind ein Auffangposten für die nicht unter einem vorhergehenden Posten gesondert auszuweisenden Verbindlichkeiten. Hierunter fallen Verbindlichkeiten, die nicht auf Warengeschäften oder einem entgeltlichen Leistungsaustausch beruhen. Zu den sonstigen Verbindlichkeiten gehören insbesondere Steuerverbindlichkeiten, Verbindlichkeiten gegenüber Sozialversicherungsträgern sowie Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern, Organmitgliedern und Gesellschaftern.

Erhaltene Anzahlungen

Im Jahresabschluss 2016 wurden erhaltene Anzahlungen in Höhe von rd. 6,8 Mio. € bilanziert. Das sind rd. 200 T€ mehr als im Vorjahr (rd. 6,6 Mio. €). Hierzu zählen u. a. noch nicht verwendete Landeszuweisungen im Rahmen der jährlichen Schulpauschale aus Vorjahren.

NACHRICHTLICH:

Haftungsverhältnisse/Eventualverbindlichkeiten:

Gegenüber dem Land Nordrhein-Westfalen besteht eine Eventualverbindlichkeit hinsichtlich der Rückforderung noch nicht verwandter Krankenhausfördermittel für die Bauten des alten Klinikums Minden in Höhe von ursprünglich 20,4 Mio. €. Die Mittel sind vertraglich auf die Neubauten des Johannes-Wesling-Klinikums Minden übertragen worden und werden dort bestimmungsgemäß eingesetzt. Die Verbindlichkeit besteht derzeit noch in Höhe von 5.607.109 €.

Bürgschaften:

Die vom Kreis Minden-Lübbecke gegebenen Bürgschaften betragen zum Bilanzstichtag rd. 21,6 Mio. € (im Vorjahr rd. 22,9 Mio. €). Durch den Bürgschaftsvertrag verpflichtet sich der Kreis als Bürge gegenüber einem Gläubiger, in der Regel einem Kreditinstitut, für die Erfüllung der Verbindlichkeit eines Dritten einzustehen, wenn dieser seinen Verbindlichkeiten nicht (mehr) nachkommen sollte. Aus der Bürgschaft entstehen dem Kreis zunächst keine unmittelbaren Zahlungsverpflichtungen.

Ertragslage

Im Jahresergebnis 2017 konnte zum vierten Mal in Folge seit Einführung des NKF ein positives Ergebnis erwirtschaftet werden.

	HH 2017 Planung	fortgeschriebener Ansatz 2017	HH-Ergebnis 2017	Abweichung Sp. 3 ./ Sp. 2
	1	2	3	4
Ordentliche Erträge	475.169.601	475.169.601,00	490.924.356,31	15.754.755,31
Ordentliche Aufwendungen (davon Ermächtigungen aus Vorjahr)	475.013.654	475.370.320,95 356.666,95	488.813.672,49	13.443.351,54
Ordentliches Ergebnis	155.947	-200.719,95	2.110.683,82	2.311.403,77
Finanzergebnis	-155.947	-155.947,00	-148.691,77	7.255,23
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	0	-356.666,95	1.961.992,05	2.318.659,00
Jahresergebnis	0	-356.666,95	1.961.992,05	2.318.659,00

* alle Angaben in Euro

Durch Übertragung von Aufwandsermächtigungen aus dem Jahr 2016 haben sich die Planansätze bei den Aufwendungen für das Jahr 2017 um rd. 357 T€ erhöht. Die finanziellen Auswirkungen sind in der vorstehenden Tabelle in der Spalte „fortgeschriebener Ansatz“ ersichtlich. Darüber hinaus sind nachträglich über- bzw. außerplanmäßige Erträge und Aufwendungen in Höhe von rd. 9,6 Mio. € genehmigt worden.

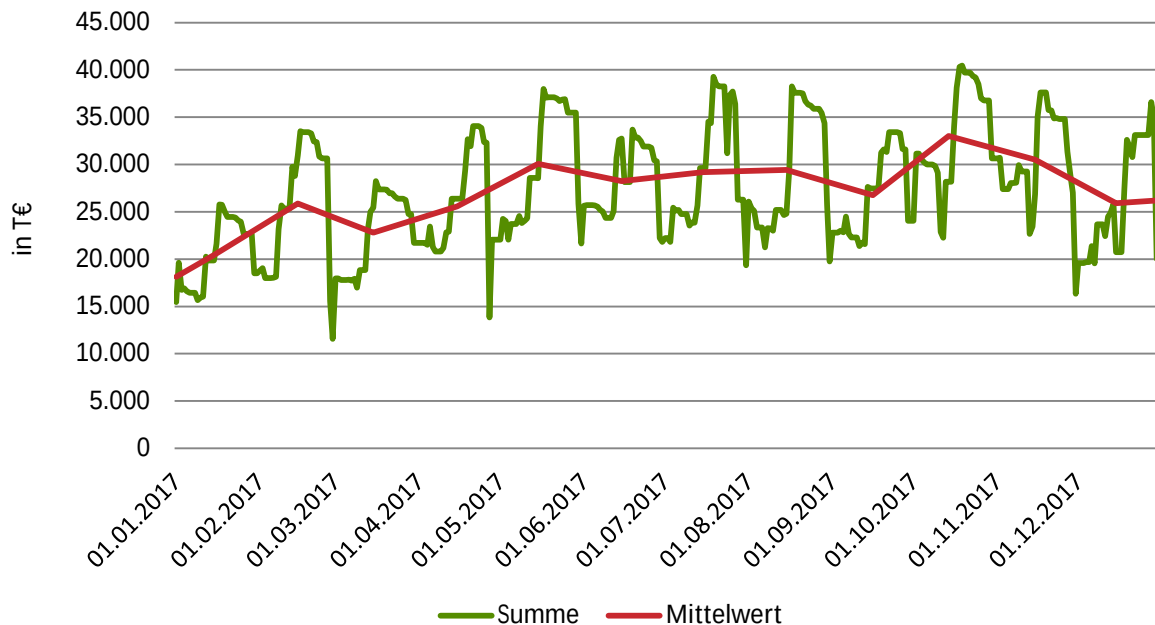
Der mit dem positiven Jahresergebnis verbundene Überschuss soll planmäßig der Ausgleichsrücklage zugeführt werden, sofern der Kreistag dieser Empfehlung zur Verwendung des Jahresergebnisses folgt.

Eine differenziertere Analyse der Haushaltsentwicklung im Haushaltsjahr 2017 ist den Detailauswertungen zu den einzelnen Kontengruppen zu entnehmen.

Finanzlage

Es ist festzustellen, dass die Kreiskasse im Haushaltsjahr 2017 stets über ausreichende Liquidität verfügte (vgl. untenstehende Grafik). Kredite zur Liquiditätssicherung wurden nicht aufgenommen.

Kontostand und Mittelwert 2017

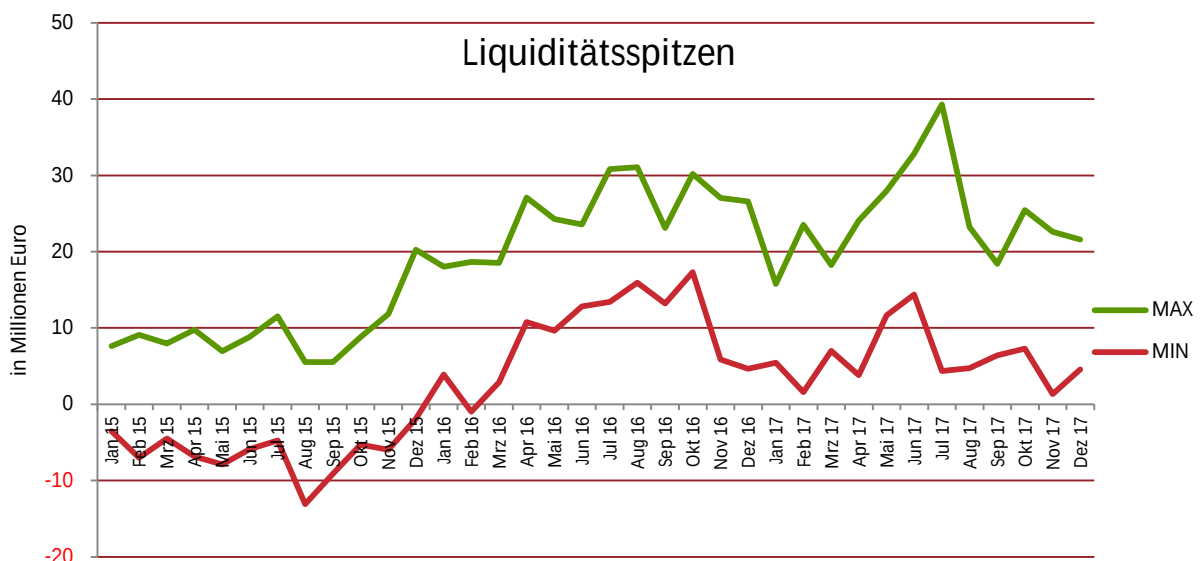


Quelle: Kreiskasse

Zum Stichtag 31.12.2017 weisen die Bankkonten des Kreises einen Bestand in Höhe von nahezu 4,9 Mio. € (Vorjahr: 5,5 Mio. €) aus. In der vorstehenden Grafik ist zudem ein Festgeld in Höhe von 10 Mio. € bzw. 15 Mio. € enthalten.

Der Gesamtbestand an liquiden Mitteln ist zum 31.12.2017 positiv und wird dementsprechend in der Bilanz auf der Aktivseite als „Liquide Mittel“ ausgewiesen.

Über einen Zeitraum von 2015 – 2017 gesehen hat sich die Liquidität sehr verbessert.



Vorgänge von besonderer Bedeutung

Härteausgleich im SGB II

Der Kreis Minden-Lübbecke ist durch einen Beschluss des OVG NRW vom 12.01.2012 verpflichtet worden, eine finanzielle Regelung zum Ausgleich bestehender erheblicher struktureller Unterschiede zu schaffen (Härteausgleich). Der Kreistag hat eine entsprechende Regelung in seine Delegationssatzung aufgenommen.

Um für die Stadt Minden die erforderliche Entlastung zu erzielen, gleichzeitig die finanzielle Leistungsfähigkeit der anderen Kommunen zu berücksichtigen und diese mit der Ausgleichsregelung nicht zu überfordern, hat der Kreis die Zahlungsmodalitäten verantwortungsbewusst und mit besonderer Rücksicht auf seine Kommunen großzügig gestaltet und ist für die zahlungspflichtigen Kommunen für die Jahre 2007 bis 2010 in Vorleistung getreten. Die zahlungspflichtigen Kommunen erbringen die Leistungen an den Kreis jahresbezogen (2007 in 2014 bis 2010 in 2017).

Die Regelungen über den Härteausgleich sind generell sehr umstritten. Die Kommunen Hille, Hüllhorst, Petershagen, Porta Westfalica und Rahden haben gegen die Heranziehung für die Jahre 2006 bis 2013 (Volumen von 4,9 Millionen Euro) beim Verwaltungsgericht Minden Klage eingereicht. Derzeit wird, nach einem Vergleichsvorschlag des Gerichts, nur die Klage der Stadt Petershagen als Musterverfahren fortgeführt. Die übrigen Klagen wurden zurückgezogen. Die Kommunen haben sich verpflichtet, bis zu einer endgültigen Entscheidung im Musterverfahren die ausstehenden Beträge an den Kreis zu zahlen. Die Zahlungen sind im Jahr 2016 erfolgt. Das Verwaltungsgericht Minden hat die Musterklage mit Urteil vom 28.10.2016 zurückgewiesen. Die Stadt Petershagen hat dagegen Berufung beim OVG Münster eingelegt, über die noch nicht entschieden wurde.

Jedoch nimmt der Kreis Minden-Lübbecke nach Beschluss des Kreistages vom 19.12.2016 die Delegation von Aufgaben nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch bzw. nach dem Bundeskindergeldgesetz auf die kreisangehörigen Städte und Gemeinden zum 01.01.2018 zurück. Die Aufgaben werden also ab diesem Zeitpunkt nicht mehr von den kreisangehörigen Städten und Gemeinden sondern vom Kreis Minden-Lübbecke selbst wahrgenommen.

Eine Folge ist der Wegfall der 50 %-igen Finanzbeteiligung der kreisangehörigen Kommunen insbesondere an den Kosten der Unterkunft im SGB II. Dies wird mit dem Jahr 2018 zu erheblichen Verschiebungen im Kreishaushalt führen, die sich auch auf den Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage auswirken können. Eine weitere Folge ist, dass ein Härteausgleich letztmalig für das Jahr 2017 berechnet wird.

Wertberichtigung der RWE-Aktien und der Aktien der RW-Holding AG

Wie bereits vorstehend unter „Entwicklung des Anlagevermögens / Wertberichtigung von Finanzanlagen“ beschrieben wurde, wurde eine Zuschreibung bei den Aktien der RWE AG sowie der RW-Holding AG durchgeführt. Diese war mit der Allgemeinen Rücklage zu verrechnen, hatte also keinen Einfluss auf das Jahresergebnis.

Die Aktien sind jetzt mit rd. 4,5 Mio. € (RWE-Stammaktien) bzw. mit rd. 1,9 Mio. € (Aktien der RW-Holding AG) bilanziert.

Analyse der Haushaltswirtschaft

Positionen der Ergebnisrechnung

Entwicklung der Erträge

	Ergebnis 2016	Fortgeschriebener Ansatz 2017	Ergebnis 2017	Vgl. Ansatz/Ist	in %
Steuern und ähnliche Abgaben (40)	23.223.844,71	25.181.264,00	25.006.764,69	-174.499,31	-0,69%
Zuwendungen und allgemeine Umlagen (41)	255.875.011,16	266.013.156,00	268.916.206,58	2.903.050,58	1,09%
Sonstige Transfererträge (42)	6.907.467,44	6.444.100,00	8.290.565,82	1.846.465,82	28,65%
Öffentlich-rechtliche Leis- tungsentgelte (43)	19.961.704,23	19.098.707,00	20.498.638,83	1.399.931,83	7,33%
Privatrechtliche Leis- tungsentgelte (440-446)	1.858.681,70	1.525.790,00	1.478.444,48	-47.345,52	-3,10%
Kostenerstattungen und Kostenumlagen (448, 449)	146.345.988,55	148.712.030,00	157.237.075,63	8.525.045,63	5,73%
Sonstige ordentliche Erträge (45)	12.703.238,21	7.661.216,00	8.899.190,63	1.237.974,63	16,15%
Aktiviert Eigenleistungen (47)	520.661,60	533.338,00	597.469,65	64.131,65	12,02%
= Ordentliche Erträge	467.396.597,60	475.169.601,00	490.924.356,31	15.598.094,93	3,32%

* Angaben in Euro, wenn nicht anders angegeben

Der Abschluss der Ergebnisrechnung des Haushaltsjahres 2017 weist in Bezug auf die ordentlichen Erträge gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz eine Steigerung um rd. 15,6 Mio. € auf rd. 491 Mio. € aus. Ursächlich für die Steigerung bei den Erträgen sind in erster Linie die Kostenerstattungen und Kostenumlagen. Aber auch bei den anderen Kontengruppen ist es, wie aus der vorstehenden Tabelle ersichtlich, überwiegend zu Steigerungen gekommen.

Die Erträge haben sich in den einzelnen Kontengruppen wie folgt entwickelt:

► Kontengruppe 40

Ergebnisrechnung 2017 - Erträge -	fortgeschriebener Ansatz 2017	Ergebnis 2017	Vergleich Ansatz / Ergebnis
Steuern und ähnliche Abgaben	25.181.264,00	25.006.764,69	-174.499,31

* Angaben in Euro

Bei dieser Kontengruppe sind die Zuweisung des Landes aus der Wohngeldersparnis und die Leistungen wegen der Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Verwaltungsmittel Bund) verortet. Im Ergebnis resultiert die Abweichung aus Mindererträgen bei der Wohngeldersparnis in Höhe von 380.565,31 € sowie aus Mehrerträgen bei den Bundeszuweisungen in Höhe von 206.066,00 €. Insgesamt haben sich bezogen auf das Volumen der Ansätze nur geringfügige Abweichungen ergeben.

► Kontengruppe 41

Ergebnisrechnung 2017 - Erträge -	fortgeschriebener Ansatz 2017	Ergebnis 2017	Vergleich Ansatz / Ergebnis
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	266.013.156,00	268.916.206,58	2.903.050,58

* Angaben in Euro

Auch bei dieser Kontengruppe ist die prozentuale Abweichung eher gering (1,09 %). Die Abweichung innerhalb dieser Kontengruppe ergibt sich im Wesentlichen aus der Landeszuweisungen bei Plätzen in Tageseinrichtungen (+4,1 Mio. €), diesen Mehrerträgen stehen entsprechende Mehraufwendungen gegenüber (differenzierte Kreisumlage), und der rein investiven Verwendung der Schulpauschale (Mindererträge in Höhe von rd. -1,9 Mio. €).

► Kontengruppe 42

Ergebnisrechnung 2017 - Erträge -	fortgeschriebener Ansatz 2017	Ergebnis 2017	Vergleich Ansatz / Ergebnis
Sonstige Transfererträge	6.444.100,00	8.290.565,82	1.846.465,82

* Angaben in Euro

Gegenüber der Planung 2017 konnten unerwartete Mehrerträge in folgenden Bereichen erzielt werden:

Im Produkt Hilfe zur Pflege (005 001 004) kam es insbesondere aufgrund von Rückzahlungen (im Bereich Pflegegeld und gewährter Hilfen) und sonstigen Ersatzleistungen zu Mehrerträgen in Höhe von insgesamt rd. 600 T€.

In den Produkten Stationäre erzieherische Hilfen (006 004 001) und Kinder und Jugendliche in Vollzeitpflege (006 004 002) waren insgesamt rd. 540 T€ mehr an Ersatzleistungen von Sozialleistungsträgern zu verzeichnen. Diese Produkte werden in die Berechnung der differenzierten Kreisumlage einbezogen, sodass hieraus keine Auswirkungen auf das Jahresergebnis abgeleitet werden können.

Im Produkt Kosten der Unterkunft (005 002 006) kam es aufgrund unterschiedlicher Mehr- und Mindererträge insgesamt zu Mehrerträgen in Höhe von rd. 170 T€. Im Produkt Arbeitslosengeld II/Sozialgeld (005 002 005) betrug die Abweichung im Vergleich zur Planung rd. 164 T€. Im Produkt Eingliederungsleistungen Bund (005 002 003) waren rd. 208 T€ Mehrerträge zu verzeichnen. Auf den Gesamthaushalt bezogen haben die Mehrerträge bei den beiden letztgenannten Produkten allerdings keine Auswirkungen, da ihnen Mehraufwendungen in gleicher Höhe gegenüber stehen.

► Kontengruppe 43

Ergebnisrechnung 2017 - Erträge -	fortgeschriebener Ansatz 2017	Ergebnis 2017	Vergleich Ansatz / Ergebnis
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	19.098.707,00	20.498.638,83	1.399.931,83

* Angaben in Euro

Im Bereich der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte sind insgesamt Mehrerträge in Höhe von rd. 1,4 Mio. € zu verzeichnen.

Die Mehrerträge resultieren im Wesentlichen aus erhöhten Erträgen

- bei den Elternbeiträgen (+ rd. 680 T€)
- bei den Kostenbeiträgen im Bereich Kindertagespflege (+ rd. 200 T€)
- bei den Verwaltungsgebühren im Bereich Liegenschaftskatasters (+ rd. 148 T€)
- bei den Verwaltungsgebühren im Bereich Bauaufsicht und Denkmalschutz (+rd. 127 T€)
- bei Vermessungsdienstleistungen (+ rd. 119 T€),
- bei den Verwaltungsgebühren im Bereich Immissionsschutz (+ rd. 109 T€)

► Kontengruppe 440 - 446

Ergebnisrechnung 2017 - Erträge -	fortgeschriebener Ansatz 2017	Ergebnis 2017	Vergleich Ansatz / Ergebnis
Privatrechtliche Leistungs- entgelte	1.525.790,00	1.478.444,48	-47.345,52

* Angaben in Euro

Zur Kontenart 441 gehören Erträge aus Vermietung und Verpachtung, zur Kontenart 442 zählen Verkaufserlöse, u. a. Erlöse aus dem Verkauf beweglicher Sachen, die nicht als Anlagevermögen erfasst waren. Die Kontenart 446 umfasst die sonstigen privatrechtlichen Leistungsentgelte.

Mehr- und Mindererträge haben sich u.a. wie folgt gezeigt:

- Sonstige Ersätze im Bereich des Immissionsschutzes (+ rd. 98 T€)
- Energie-Erstattungen (+ rd. 92 T€)
- Mieten und Pachten im Bereich des Naturschutzes (+ rd. 24 T€)
- Pachten im Bereich Fahrzeugzulassungen (- rd. 120 T€)
- Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte im Bereich des Landschaftspflegedienstes (- rd. 74 T€)
- Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte im Bereich Technisches Gebäudemanagement (-rd. 42 T€)

► Kontengruppe 448, 449

Ergebnisrechnung 2017 - Erträge -	fortgeschriebener Ansatz 2017	Ergebnis 2017	Vergleich Ansatz / Ergebnis
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	148.712.030,00	157.237.075,63	8.525.045,63

* Angaben in Euro

In diesem Bereich ist es zu erheblichen Mehrerträgen gekommen. Diese beruhen insbesondere auf Steigerungen bei der Leistungsbeteiligung beim Arbeitslosengeld (+ rd. 3,5 Mio. €) sowie bei den Erstattungen von Sozialleistungsträgern, ebenfalls im Bereich Arbeitslosengeld II / Sozialgeld (+ rd. 720 T€). Insgesamt ist es in diesem Produkt (005 002 005) zu Mehrerträgen in Höhe von rd. 4,2 Mio. € gekommen. Allerdings stehen den Mehrerträgen auch entsprechende Mehraufwendungen gegenüber.

Des Weiteren waren im Produkt Stationäre erzieherische Hilfen (006 004 001) Mehrerträge in Höhe von rd. 2,8 Mio. € zu verzeichnen; hierbei machten Erstattungen anderer Jugendämter den größten Anteil aus (rd. + 2,1 Mio. €). Auch diese Mehrerträge korrespondieren mit entsprechenden Mehraufwendungen an anderer Stelle.

Bei der Leistungsbeteiligung des Bundes bei den Kosten der Unterkunft sind Mehrerträge in Höhe von rd. 1 Mio. € angefallen, im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (005 001 002) waren es rd. +321 T€ und im Bereich der Ambulanten / teilstationären Hilfen (006 003 005) noch einmal rd. +186 T€.

Letztlich sind bei dieser Kontengruppe auch die Mindererträge im Bereich der Eingliederungsleistungen des Bundes in Höhe von insgesamt 1,2 Mio. € zu erwähnen.

► Kontengruppe 45

Ergebnisrechnung 2017 - Erträge -	fortgeschriebener Ansatz 2017	Ergebnis 2017	Vergleich Ansatz / Ergebnis
Sonstige ordentliche Erträge	7.661.216,00	8.899.190,63	1.237.974,63

* Angaben in Euro

Die Sonstigen ordentlichen Erträge umfassen viele, sehr unterschiedliche Ertragsarten. Hierunter fallen zum Beispiel Steuererstattungen, Bußgelder und Säumniszuschläge sowie eine Reihe von nicht zahlungswirksamen Erträgen, wie Erträge aus der Auflösung von Sonderposten und Rückstellungen.

Die gegenüber der Planung verbuchten Mehrerträge in Höhe von rd. 1,2 Mio. € resultieren im Wesentlichen aus der ertragswirksamen Auflösung von Rückstellungen (+692 T€), die sich im Einzelnen aus dem Anhang ergeben. Bei der Bildung und Auflösung von Rückstellungen handelt es sich jeweils um nicht zahlungswirksame Vorgänge.

Außerdem haben sich nicht geplante Mehrerträge u.a. bei den Stationären erzieherischen Hilfen (006 004 001) für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (+ rd. 433 T€) und bei den Verkehrsordnungswidrigkeiten der Polizei (+ rd. 246 T€) ergeben. Außerdem kam es zu einer Erstattung von Ertragssteuern in Höhe von rd. 280 T€.

Es waren auch Mindererträge zu verzeichnen. Hier sind insbesondere Mindererträge bei den Bußgeldern für die eigene Geschwindigkeitsüberwachung in Höhe von rd. -309 T€ zu nennen.

► Kontengruppe 47

Ergebnisrechnung 2017 - Erträge -	fortgeschriebener Ansatz 2017	Ergebnis 2017	Vergleich Ansatz / Ergebnis
Aktivierte Eigenleistungen	533.338,00	597.469,65	64.131,65

* Angaben in Euro

Aktivierten Eigenleistungen stehen Aufwendungen gegenüber, die zur Herstellung von Anlagevermögen eingesetzt wurden. Einzubeziehen sind nur Aufwendungen, die zugleich auch Herstellungskosten darstellen (z.B. Materialkosten, Fertigungskosten und Personalkosten).

Mit dem Ansatz aktivierter Eigenleistungen wird das Anlagevermögen erhöht. Die ertragswirksame Verbuchung der Aktivierung der Eigenleistung bewirkt, dass Erfolgsneutralität hergestellt wird. Herstellungsaufwendungen und Eigenleistungen weisen fallbezogen den gleichen Betrag auf.

Im Jahr 2017 waren in den Produkten „Technisches Gebäudemanagement“ (+ rd. 249 T€) und „Infrastrukturelles Gebäudemanagement“ (+ rd. 30 T€) Mehrerträge zu verzeichnen. In den Produkten „Landschaftspflegedienst“ (- rd. 120 T€) und „Baumaßnahmen an Kreisstraßen“ (- rd. 95 T€) kam es hingegen zu Mindererträgen.

Entwicklung der Aufwendungen

	Ergebnis 2016	Fortgeschr. Ansatz 2017	Ergebnis 2017	Vgl. Ansatz/Ist	in %
Personalaufwendungen (50)	60.772.518,39	63.729.350,00	61.397.686,32	-2.331.663,68	-3,66%
Versorgungsaufwendungen (51)	7.362.729,26	12.882.500,00	13.034.837,86	152.337,86	1,18%
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (52)	15.631.690,80	14.972.907,95	16.736.117,23	1.763.209,28	11,78%
Bilanzielle Abschreibungen (57)	12.380.804,20	12.398.395,00	12.789.377,69	390.982,69	3,15%
Transferaufwendungen (53)	339.003.028,62	355.983.746,00	363.104.476,88	7.120.730,88	2,00%
Sonstige ordentliche Aufwen- dungen (54)	20.005.963,90	15.403.422,00	21.751.176,51	6.347.754,51	41,21%
= Ordentliche Aufwendungen	455.156.735,17	475.370.320,95	488.813.672,49	13.443.351,54	2,83%

* Angaben in Euro, wenn nicht anders angegeben

Im Vergleich zum fortgeschriebenen Ansatz ergeben sich im Ergebnis insgesamt Mehraufwendungen in Höhe von mehr als 13,4 Mio. €. Minderaufwendungen bei der Kontengruppe 50 (Personalaufwendungen) in Höhe von rd. 2,3 Mio. € stehen Mehraufwendungen bei allen anderen Kontengruppen gegenüber. Die höchsten Mehraufwendungen sind bei den Kontengruppen 53 (Transferaufwendungen; + rd. 7,1 Mio. €) und 54 (Sonstige ordentliche Aufwendungen; + rd. 6,3 Mio. €) zu verzeichnen.

Die Aufwendungen haben sich in den einzelnen Kontengruppen wie folgt entwickelt:

► Kontengruppe 50

Ergebnisrechnung 2017 - Aufwendungen -	fortgeschriebener Ansatz 2017	Ergebnis 2017	Vergleich Ansatz / Ergebnis
Personalaufwendungen	63.729.350,00	61.397.686,32	-2.331.663,68

* Angaben in Euro

Die Ergebnisverbesserung bei den Personalaufwendungen hat verschiedene Ursachen. Hervorzuheben ist hier die oft mit Zeitverzug verbundene externe Besetzung von Stellen.

► Kontengruppe 51

Ergebnisrechnung 2017 - Aufwendungen -	fortgeschriebener Ansatz 2017	Ergebnis 2017	Vergleich Ansatz / Ergebnis
Versorgungsaufwendungen	12.882.500,00	13.034.837,86	152.337,86

* Angaben in Euro

Im Bereich der Versorgungsaufwendungen sind im Wesentlichen Beiträge zu Versorgungskassen, Beihilfen für Versorgungsempfänger sowie die Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen verortet. Im Plan-Ist-Vergleich sind Mehraufwendungen in Höhe von rd. 152 T€ zu verzeichnen. Dies entspricht einer prozentualen Abweichung von 1,18 %. In Bezug auf die gesamten Versorgungsaufwendungen ist es also nicht zu signifikanten Abweichungen gekommen.

► Kontengruppe 52

Ergebnisrechnung 2017 - Aufwendungen -	fortgeschriebener Ansatz 2017	Ergebnis 2017	Vergleich Ansatz / Ergebnis
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	14.972.907,95	16.736.117,23	1.763.209,28

* Angaben in Euro

Die Kontenart 52 umfasst unter anderem

- Aufwendungen für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen,
- Aufwendungen für die Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens,
- Kostenerstattungen als Ersatz für Aufwendungen, die eine Stelle für eine andere Stelle erbracht hat,
- Aufwendungen für die Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen (zum Beispiel Energie, Reinigung, Versicherung sowie sonstige Bewirtschaftung, z. B. Bewachung),
- Die Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Haltung der Fahrzeuge oder der Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens stehen
- Aufwendungen für Lernmittel nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz

Die sich gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz ergebenden Mehraufwendungen in Höhe von rd. 1,8 Mio. € resultieren im Wesentlichen aus Zuführungen zu Instandhaltungsrückstellungen im Bereich des Technischen Gebäudemanagements und der Straßenunterhaltung (zusammen + rd. 4 Mio. €). Die Instandhaltungsrückstellungen sind im Anhang noch einmal dargestellt.

► Kontengruppe 53

Ergebnisrechnung 2017 - Aufwendungen -	fortgeschriebener Ansatz 2017	Ergebnis 2017	Vergleich Ansatz / Ergebnis
Transferaufwendungen	355.983.746,00	363.104.476,88	7.120.730,88

* Angaben in Euro

Unter Transferaufwendungen sind Aufwendungen zu verstehen, denen keine konkreten Gegenleistungen gegenüberstehen. Beispiele für Transferaufwendungen sind die Leistungen der Sozialhilfe und der Jugendhilfe, aber auch die Landschaftsumlage. Im Jahr 2017 stehen geplanten rd. 356 Mio. € im Ergebnis rd. 363 Mio. € gegenüber. Die Planabweichung beträgt 2,00 %. Die Volatilität in diesem Bereich ist erfahrungsgemäß sehr hoch; es kommt in allen Produkten auch zu größeren Mehr- und Minderaufwendungen. Vielfach stehen diese in Zusammenhang mit entsprechenden Mehr- und Mindererträgen.

Wesentliche Mehraufwendungen ergeben sich im Produkt Plätze in Tageseinrichtungen (+ rd. 4,8 Mio. €), insbesondere aufgrund von Steigerungen bei den Betriebskostenzuschüssen sowie im Produkt Arbeitslosengeld II / Sozialgeld (+ rd. 3,8 Mio. €). Daneben sind Mehraufwendungen im Bereich Kosten der Unterkunft (+ rd. 1,4 Mio. €), ÖPNV (+ rd. 435 T€), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (+ rd. 380 T€), Zuwendungen für Personal- und Sachaufwendungen der kreisangehörigen Städte/Gemeinden im Rahmen der Administration des Systems SGB II (+336 T€) sowie in den Bereichen Kindertagespflege (+ rd. 306 T€) und Kinder und Jugendliche in Vollzeitpflege (+ rd. 120 T€) zu nennen.

Minderaufwendungen sind dagegen bei der Hilfe zur Pflege (+ rd. 2,6 Mio. €), den Eingliederungsleistungen des Bundes für Arbeit suchende Menschen (- rd. 947 T€), den kommunalen Eingliederungsleistungen (- rd. 486 T€), der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (rd. -372 T€), den ambulanten / teilstationäre Hilfen (- rd. 261 T€) sowie bei den stationären erzieherischen Hilfen (rd. -226 T€) zu verzeichnen.

► Kontengruppe 54

Ergebnisrechnung 2017 - Aufwendungen -	fortgeschriebener Ansatz 2017	Ergebnis 2017	Vergleich Ansatz / Ergebnis
Sonstige ordentliche Aufwendungen	15.403.422,00	21.751.176,51	6.347.754,51

* Angaben in Euro

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen umfassen alle weiteren Aufwendungen, die dem Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit hinzuzurechnen sind und den Kontengruppen 50 bis 53 nicht speziell zugeordnet werden können. Hierzu gehören u.a. die sog. Wertveränderungen des Umlaufvermögens, Zuführungen zu Sonstigen Rückstellungen und andere zahlungswirksame und nicht zahlungswirksame Geschäftsvorfälle.

Der Mehraufwand in Höhe von 6,3 Mio. € resultiert vorwiegend aus der Abrechnung der Jugendamtsumlage für 2017. Der sich hier ergebende Überschuss in Höhe von rd. 4,3 Mio. €

soll vorbehaltlich eines entsprechenden Kreistagsbeschlusses im Jahr 2019 an die Städte und Gemeinden ohne eigenes Jugendamt erstattet werden. Daher wurden vorsorglich eine aufwandswirksame Verbindlichkeit gegenüber den umlagepflichtigen kreisangehörigen Kommunen ohne eigenes Jugendamt bzw. eine entsprechende Rückstellung berücksichtigt.

Weitere sonstige ordentliche Aufwendungen wurden aus nicht zahlungswirksame Zuführungen zu sonstigen Rückstellungen (rd. + 1,8 Mio. €, Einzelheiten siehe Anhang) u.a. in den Bereichen Beteiligungs- und Vermögenswirtschaft (rd. +250 T€), Überwachung der Abfallsorgung (+190 T€), ÖPNV (+ rd. 131 T€) und Bodenschutz (rd. +124 T€) generiert.

Zahlungswirksame Mehraufwendungen haben sich in den Bereichen Personal- und Betriebskostenerstattungen für die Rettungswache Lahde (+rd. 273 T€), Erstattungen an das Land im Bereich Unterhaltsvorschuss (+ rd. 251 T€), Erstattungen an andere Jugendämter (+ rd. 137 T€) und der Notarztgestaltung (+ rd. 111 T€) ergeben.

Ferner sind Minderaufwendungen bei den Aufwendungen im EDV-Bereich (rd. -203 T€) und bei der Weiterbildung der Notfallsanitäter (rd. -106 T€) zu nennen.

► Kontengruppe 57

Ergebnisrechnung 2017 - Aufwendungen -	fortgeschriebener Ansatz 2017	Ergebnis 2017	Vergleich Ansatz / Ergebnis
Bilanzielle Abschreibungen	12.398.395,00	12.789.377,69	390.982,69

* Angaben in Euro

Bilanzielle Abschreibungen erfassen den Betrag des an Vermögensgegenständen eintretenden Werteverzehrs. Es sind planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen zu unterscheiden. Im Jahr 2017 sind in dieser Kontengruppe keine außerplanmäßigen Abschreibungen vorgenommen worden.

Wie Vorjahr entsprechen die tatsächlichen Abschreibungen ziemlich genau den Planwerten.

Entwicklung der Finanzerträge und –aufwendungen

	Ergebnis 2016	Fortgeschr. Ansatz 2017	Ergebnis 2017	Vgl. Ansatz/Ist	in %
Finanzerträge (46)	1.412.106,40	1.408.553,00	1.321.221,03	-87.331,97	-6,20%
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen (55)	1.549.576,14	1.564.500,00	1.469.912,80	-94.587,20	-6,05%
= Finanzergebnis	-137.469,74	-155.947,00	-148.691,77	7.255,23	-4,65%

* Angaben in Euro, wenn nicht anders angegeben

Die Kontengruppe 46 umfasst u. a. Zinserträge aus gewährten Darlehen, aus Geldanlagen, aus dem Giro- und Kontokorrentverkehr, Gewinnanteile von verbundenen Unternehmen

und aus Beteiligungen sowie sonstige Finanzerträge (z.B. aus Konventionalstrafen). Ebenfalls ist hier die Eigenkapitalverzinsung des Abfallentsorgungsbetriebes des Kreises Minden-Lübbecke in Höhe von 357 T€ verortet. Die Dividende der RWE-Aktien gehört auch in diese Kontengruppe; jedoch hat die RWE-AG im Jahr 2017 keine Dividende ausgeschüttet.

Den Zinserträgen stehen die Zinsaufwendungen gegenüber, das sind insbesondere Zinsen für aufgenommene Kredite und auch Kontokorrentzinsen, sowie sonstige Finanzaufwendungen. Sinkende Zinsaufwendungen sind insbesondere darauf zurück zu führen, dass Kreditermächtigungen noch nicht in Anspruch genommen wurden.

Die Veränderungen bei den Finanzerträgen und -aufwendungen halten sich nahezu die Waage und führen in Summe nicht zu einem wesentlich anderen Finanzergebnis als ursprünglich geplant.

Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit, gleichzeitig Jahresergebnis

	Ergebnis 2016	Fortgeschr. Ansatz 2017	Ergebnis 2017	Vgl. Ansatz/Ist	in %
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	12.102.392,69	-356.666,95	1.961.992,05	2.318.659,00	-650,09%

* Angaben in Euro, wenn nicht anders angegeben

Der in der Tabelle dargestellte fortgeschriebene Ansatz beinhaltet die aus dem Jahr 2016 übernommenen Ermächtigungsübertragungen. Ursprünglich geplant war ein ausgeglichener Haushalt. Gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz haben sich die in der Tabelle dargestellten Verbesserungen in Höhe von rd. 2,17 Mio. € ergeben. Das Jahresergebnis beträgt dann rd. 1,96 Mio. €.

Positionen der Finanzrechnung

Entwicklung der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

	Ergebnis 2016	Fortgeschr. Ansatz 2017	Ergebnis 2017	Vgl. Ansatz/Ist	in %
Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen (681)	6.051.150,19	23.172.722,00	6.450.953,07	-16.721.768,93	-72,16%
Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen (682, 683)	37.689,25	15.000,00	401.251,02	386.251,02	2.575,01%
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen (684)	0,00	0,00	10.000.000,00	10.000.000,00	- - -
Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten (688)	17.526,65	45.000,00	342.422,58	297.422,58	660,94%
Sonstige Investitionseinzahlungen (685, 686, 689)	11.207,22	9.711,00	16.408,58	6.697,58	68,97%
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	6.117.573,31	23.242.433,00	17.211.035,25	-6.031.397,75	-25,95%

* Angaben in Euro, wenn nicht anders angegeben

Der Abschluss der Finanzrechnung des Haushaltsjahres 2017 weist in Bezug auf die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz Mindereinzahlungen in Höhe von rd. 6,0 Mio. € aus. Ursächlich dafür sind in erster Linie Mindereinzahlungen bei den Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen (-16,7 Mio. €), was darauf hindeutet, dass die Abwicklung der Investitionsmaßnahmen nicht wie geplant vorgenommen werden konnte.

Die Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen resultieren aus einer Rückzahlung angelegter Festgelder, die als Wertpapiere des Umlaufvermögens und nicht als Liquide Mittel zu buchen sind, wenn sie länger als drei Monate festgelegt werden.

Die einzelnen Kontengruppen stellen sich folgendermaßen dar:

► Kontengruppe 681

Finanzrechnung 2016 - Einzahlungen -	fortgeschriebener Ansatz 2017	Ergebnis 2017	Vergleich Ansatz / Ergebnis
Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	23.172.722,00	6.450.953,07	-16.721.768,93

* Angaben in Euro

Die Mindereinzahlungen resultieren in erster Linie aus den Verzögerungen bei dem Projekt Breitbandausbau (-15,0 Mio. €). Hier war eine Bundesbeteiligung in Höhe von 7,5 Mio. €, eine Landesbeteiligung in Höhe von 6,0 Mio. € und Beteiligungen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden in Höhe von 1,5 Mio. € vorgesehen. Die Mindereinzahlungen in diesem Bereich korrespondieren mit entsprechenden Minderauszahlungen.

Die weiteren Mindereinzahlungen (- rd. 1,7 Mio. €) sind im Bereich Baumaßnahmen an Kreisstraßen (- rd. 694 T€), Baumaßnahmen am Berufskolleg in Lübbecke (-663 T€) und Plätze in Tageseinrichtungen (- rd. 167 T€) zu verorten.

► Kontengruppe 682, 683

Finanzrechnung 2016 - Einzahlungen -	fortgeschriebener Ansatz 2017	Ergebnis 2017	Vergleich Ansatz / Ergebnis
Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	15.000,00	401.251,02	386.251,02

* Angaben in Euro

Die Mehreinzahlungen stammen im Wesentlichen aus einem Grundstücksgeschäft mit der Bau- und Siedlungsgenossenschaft Lübbecke eG.

► Kontengruppe 688

Finanzrechnung 2016 - Einzahlungen -	fortgeschriebener Ansatz 2017	Ergebnis 2017	Vergleich Ansatz / Ergebnis
Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	45.000,00	342.422,58	297.422,58

* Angaben in Euro

Beiträge werden beim Kreis Minden-Lübbecke für den Aus- und Neubau von Kreisstraßen nach deren Fertigstellung erhoben. Die Beiträge ergeben sich im Wesentlichen dem Ausbau der K 79, der im Vorjahr zunächst zurückgestellt wurde. Dies hatte seinerzeit zu entsprechenden Mindereinzahlungen geführt.

► Kontengruppe 685, 686, 689

Finanzrechnung 2016 - Einzahlungen -	fortgeschriebener Ansatz 2017	Ergebnis 2017	Vergleich Ansatz / Ergebnis
Sonstige Investitionseinzahlungen	9.711,00	16.408,58	6.697,58

* Angaben in Euro

Die Mehreinzahlungen bei den sonstigen Investitionseinzahlungen ergeben sich u. a. aus Rückzahlungen gewährter investiver Zuschüsse sowie aus Rückzahlung von Grunderwerbskosten / Kaufpreiserstattungen im Bereich Straßen- und Radwegebau.

Entwicklung der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

	Ergebnis 2016	Fortgeschr. Ansatz 2017	Ergebnis 2017	Vgl. Ansatz/Ist	in %
Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (782)	195.700,88	471.639,92	581.022,43	109.382,51	23,19%
Auszahlungen für Baumaßnahmen (785)	4.743.196,10	27.636.545,36	5.288.922,52	-22.347.622,84	-80,86%
Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen (783)	2.508.041,49	6.804.686,00	4.557.435,24	-2.247.250,76	-33,03%
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen (784)	12.547.757,12	1.471.120,00	16.489.017,42	15.017.897,42	1020,85%
Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen (781)	121.155,42	1.185.800,00	758.590,78	-427.209,22	-36,03%
Sonstige Investitionsauszahlungen (789)					
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	20.115.851,01	37.569.791,28	27.674.988,39	-9.894.802,89	-26,34%

* Angaben in Euro, wenn nicht anders angegeben

Der Abschluss der Finanzrechnung des Haushaltsjahres 2017 weist in Bezug auf die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz in Summe Minderauszahlungen in Höhe von rd. 9,9 Mio. € aus.

Ursächlich dafür sind in erster Linie noch nicht realisierte Baumaßnahmen (rd. -22,3 Mio. €). Hier ist insbesondere der Breitbandausbau zu nennen (-15,0 Mio. €) sowie nicht durchgeführter Erwerb von beweglichem Anlagevermögen (rd. -2,2 Mio. €).

Mehrauszahlungen ergeben sich insbesondere im Bereich des Erwerbs von Finanzanlagen (+ rd. 15 Mio. €).

Die wesentlichen Veränderungen ergeben sich in den Kontengruppen:

► Kontengruppe 782

Finanzrechnung 2017 - Auszahlungen -	fortgeschriebener Ansatz 2017	Ergebnis 2017	Vergleich Ansatz / Ergebnis
Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	471.639,92	581.022,43	109.382,51

* Angaben in Euro

Im Bereich der Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden gibt es Ermächtigungsübertragungen aus Vorjahren in Höhe von rd. 326 T€, die zusammen mit dem für das Jahr geplanten Ansatz im sog. fortgeschriebenen Ansatz enthalten sind.

Die Auszahlungen wurden im Wesentlichen für den Erwerb von Grundstücken für den Neubau des Feuerwehrtechnischen Zentrums mit Leitstelle und Rettungswache in Hille sowie für den Straßen- und Radwegbau geleistet. Vorgesehene Grunderwerbsmaßnahmen im Be-

reich des Naturschutzes wurden nicht realisiert, sodass es in dieser Kontengruppe auch zu Minderauszahlungen kam. Im Ergebnis wurden rd. 581 € ausgezahlt.

► Kontengruppe 785

Finanzrechnung 2017 - Auszahlungen -	fortgeschriebener Ansatz 2017	Ergebnis 2017	Vergleich Ansatz / Ergebnis
Auszahlungen für Baumaßnahmen	27.636.545,36	5.288.922,52	-22.347.622,84

* Angaben in Euro

Die Auszahlungen für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2017 verteilen sich auf folgende investive Aufträge:

Auftrag	Bezeichnung	Ergebnis 2017
Hochbaumaßnahmen		
A 20100001	Erneuerung Antriebe Fahrstühle	19.765,90
A 20300004	Fortsetzung Brandschutzmaßnahmen LSBK Minden	6.533,50
A 40800001	KAMPA-Halle Brandschutz (Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung)	50.311,16
A 41200002	Bauhof Minden – Verlängerung Hallendach ü. div. Materialboxen	10.482,19
A 50100003	Inklusionsgerechte Umgestaltung der Sitzungssaalebene einschl. des Brandschutzes	737.759,94
A 50100004	Kreishaus Minden WC- u. Leitungssanierungen inkl. Brandschutz	271.415,44
A 50300001	Beleuchtungssanierung / Deckensanierung LSBK Minden	45.533,58
A 50300002	Umbau Fleischerei LSBK Minden einschl. Nebenarbeiten	122.408,11
A 50300006	Umbau Berufskolleg Espelkamp	1.304.724,47
A 50600001	Erweiterung KiTa Lübbecke	67.612,16
A 51400001	Umweltzentrum: Weitere Erschließungsmaßnahmen/Waldbrücke	10.000,00
A 60100011	Brandschutz Verwaltungsgebäude Lübbecke	455,18
A 60100012	Kreishaus Minden – Austausch der Lüftungsanlage	212.813,73
A 60100015	Komplettsanierung der Hausmeisterwohnung im Kreishaus	83.371,82
A 60200001	Neubau Feuertechnisches Zentrum mit Leitstelle und Rettungswache in Hille	14.875,00
A 70100007	Bauhof Minden: Neue Büroräume Arbeitsgruppe 65.2	19.793,27
A 71300001	Naturschutzinvestitionen	9.974,60
A 71300002	Ausgleichsmaßnahmen aus Ersatzgeldern	29.252,96
	Summe	3.017.083,01
Naturschutz- und Landschaftspflege		
I 61300001	Naturschutzinvestitionen	219,11
	Summe	219,11
Tiefbaumaßnahmen		

Auftrag	Bezeichnung	Ergebnis 2017
S 01213001	K 13 Radweg Minderheide-Holzhausen	1.785,65
S 20100001	Sanierung Parkplatz Kreishaus inkl. Entwässerung	17.040,56
S 21200001	Straßenerneuerung gem. Rahmenplanung Kreisstraßen	879.753,45
S 21227001	K 27 Vorberger Weg	8.173,01
S 31279001	K 79 OD Pr. Oldendorf	838.577,26
S 61200002	Straßenbau allgemein (64)	9.674,17
S 71206001	Straßensanierung K 6 Päpinghausen Abschnitt 1 und 3	383.960,84
S 71227001	Straßensanierung K27 Holsen Abschnitt 1	132.655,46
	Summe	2.271.620,40
Gesamtsumme		5.288.922,52

* Angaben in Euro

► Kontengruppe 783

Finanzrechnung 2017 - Auszahlungen -	fortgeschriebener Ansatz 2017	Ergebnis 2017	Vergleich Ansatz / Ergebnis
Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagever- mögen	6.804.686,00	4.557.435,24	-2.247.250,76

* Angaben in Euro

Die Auszahlungen verteilen sich auf die folgenden investiven Aufträge:

Angaben in Euro

Auftrag	Bezeichnung	Ergebnis 2017
Vermögensgegenstände		
B 20100002	Ersatz-/Neubeschaffung von Maschinen (Landschaftspflegedienst)	5.502,69
B 20100003	Ersatz-/Neubeschaffung von Fahrzeugen (Landschaftspflegedienst)	131.967,73
B 30600001	Erwerb von beweglichem Anlagevermögen (für Tageseinrichtungen in eigener Trägerschaft)	17.130,77
B 40800001	Erwerb von beweglichem Anlagevermögen (für Sportstätten)	491,77
B 50200002	Erwerb von beweglichem Anlagevermögen (für Aufenthalts- und Asylangelegenheiten)	49.893,10
B 60100001	Erwerb von beweglichem Anlagevermögen (für Zentrale Dienste)	10.260,14
B 60200001	Gefahrenabwehr	62.954,84
B 60200002	Notfallrettung	375.198,56
B 60200004	Kreisleitstelle (Gefahrenabwehr)	231.397,89
B 60200007	Investive Beschaffungen für die eigene Geschwindigkeitsüberwachung	10.315,36
B 60300007	Beschaffung von EDMOND-Medien sowie Kleinteilen (Schulamt)	2.822,04
B 60700002	Amtsärztliche Gutachten / Stellungnahmen	2.544,22
B 60900001	Erwerb von technischen Geräten (Kartograph, Produkte und Reprographie)	15.660,40

Auftrag	Bezeichnung	Ergebnis 2017
B 60900002	Erwerb von Maschinen für Vermessungsdienstleistungen	41.302,04
B 60900003	Erwerb von Fahrzeugen für Vermessungsdienstleistungen	36.678,02
B 60900004	Erwerb von beweglichem Vermögen (für die Führung des Liegenschaftskatasters)	355,33
B 61000001	Erwerb von beweglichem Vermögen (für Bauaufsicht und Denkmalschutz)	389,95
B 61200001	Erwerb von Maschinen für die Straßenunterhaltung	5.502,27
B 61200002	Erwerb von Fahrzeugen für die Straßenunterhaltung	768.693,12
B 61400001	Erwerb von beweglichem Vermögen (für den Umweltschutz)	1.186,00
B 70100001	Erwerb von Maschinen für die Bauunterhaltung (Technisches Gebäudemanagement)	10.669,08
B 70100003	Erwerb von beweglichem Anlagevermögen (Kantine)	4.351,53
B 70100004	Erwerb von Defibrillatoren für Kreishaus und Außenstellen	3.414,57
B 70100005	Beschaffung von Fahrzeugen /Maschinen /Werkzeugen usw. für iGM	128.037,64
B 70100006	Ersatz-/Neubeschaffung von Mobiliar für alle kreiseigenen und angemieteten Objekte	218.245,06
B 70100007	Neuausstattung der Sitzungssaalebene im Kreishaus	251.254,22
B 70200002	Beschaffung von Vermögensgegenständen (für Veterinärrechtliche Aufgaben nach EU VO)	3.166,23
B 70600001	Geförderte Investitionen NRWtoffen	915,11
B 71400001	Solarstation am Umweltzentrum	7.040,63
B 71500001	Neubeschaffung Mühlenkreismobil	43.784,58
	Summe Vermögensgegenstände	2.450.144,98
Schulen		
B 60300001	Freiherr-vom-Stein-Berufskolleg Minden	102.979,13
B 60300011	Freiherr-vom-Stein-Berufskolleg Bad Oeynhausen	24.279,53
B 60300002	Berufskolleg Lübbecke - Lübbecke	264.907,82
B 60300012	Berufskolleg Lübbecke - Espelkamp	398.890,01
B 60300003	Leo-Symphor-Berufskolleg	401.903,44
B 60300004	Förderschule Mindenerwald	16.436,62
B 60300008	Förderschule Eickhorst	15.925,47
B 60300009	Förderschule Rodenbeck	22.363,18
B 60300010	Schule für Kranke	4.236,98
	Summe Schulen	1.251.922,18
Hard- und Software (ohne Schulen)		
B 60100003	Erwerb von Hard- und Software	864.485,77
sonstige Investitionsmaßnahmen		
	Vermögenserwerb unter 410 €	-97,60
Gesamtsumme Investitionen über 410 €		3.705.482,55
Gesamtsumme Investitionen unter 410 €		851.952,69
Gesamtsumme		4.557.435,24

► Kontengruppe 784

Finanzrechnung 2017 - Auszahlungen -	fortgeschriebener Ansatz 2017	Ergebnis 2017	Vergleich Ansatz / Ergebnis
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	1.471.120,00	16.489.017,42	15.017.897,42

* Angaben in Euro

Die Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen im Haushaltsjahr 2017 ergeben sich zum einen aus der Einlage von liquiden Mitteln in den Versorgungsfonds der Kommunalen Versorgungskasse Westfalen-Lippe zur Deckung von künftigen Pensionsrückstellungen in Höhe von rd. 1,5 Mio. €. Zum anderen wurden aufgrund von Liquiditätsüberschüssen 15 Mio. € in Geldmarktpapieren festgelegt, um die Zahlung von Verwahrgebühren bei der Sparkasse Minden-Lübbecke zu vermeiden und darüber hinaus auch eine geringe Rendite zu erzielen. Das Geld wird dem Kreis im Laufe des Jahres 2018 wieder zufließen.

► Kontengruppe 781

Finanzrechnung 2017 - Auszahlungen -	fortgeschriebener Ansatz 2017	Ergebnis 2017	Vergleich Ansatz / Ergebnis
Auszahlungen von aktivier- baren Zuwendungen	1.185.800,00	758.590,78	-427.209,22

* Angaben in Euro

Unter dieser Position wurden Landesmittel für die Bereitstellung von Plätzen in Tageseinrichtungen an Träger weitergeleitet.

► Kontengruppe 789

Finanzrechnung 2017 - Auszahlungen -	fortgeschriebener Ansatz 2017	Ergebnis 2017	Vergleich Ansatz / Ergebnis
Sonstige Investitions- auszahlungen (789)	0,00	0,00	0,00

* Angaben in Euro

In dieser Kontengruppe waren im Jahr 2017 keine Buchungen zu verzeichnen.

Finanzierung der Investitionstätigkeit

	Ergebnis 2016	Fortgeschr. Ansatz 2017	Ergebnis 2017	Vgl. Ansatz/Ist
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	6.117.573,31	23.242.433,00	17.211.035,25	-6.031.397,75
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	20.115.851,01	37.569.791,28	27.674.988,39	-9.784.252,89
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-13.998.277,70	-14.327.358,28	-10.463.953,14	3.863.405,14
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	15.836.098,63	2.401.846,94	14.741.902,77	12.340.055,83
= Finanzmittelüberschuss / - fehlbetrag	1.837.820,93	-11.925.511,34	4.277.949,63	16.203.460,97

* Angaben in Euro

Der Saldo aus Investitionstätigkeit im Haushaltsjahr 2017 beträgt rd. -10,5 Mio. €. Zur Finanzierung von Investitionen standen 2017 Liquiditätsüberschüsse aus der laufenden Verwaltungstätigkeit in Höhe von rd. 14,7 Mio. € zur Verfügung. Unter Berücksichtigung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit ergibt sich rechnerisch ein Finanzmittelüberschuss in Höhe von rd. 4,3 Mio. €.

Die Darlehnsaufnahmen bzw. Kredittilgungen stellen sich im Haushaltsjahr 2017 folgendermaßen dar:

	Ergebnis 2016	Fortgeschr. Ansatz 2017	Ergebnis 2017	Vgl. Ansatz/Ist
Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen (69)	0,00	4.165.500,00	0,00	-4.165.500,00
Tilgung und Gewährung von Darlehen (79)	2.240.749,18	5.148.100,00	4.954.733,66	-193.366,34
= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-2.240.749,18	-982.600,00	-4.954.733,66	-3.972.133,66

* Angaben in Euro

Entgegen der Planung, sind im Haushaltsjahr 2017 keine Darlehen aufgenommen oder Umschuldungen vorgenommen worden. Es konnten insgesamt rd. 4,9 Mio. € an langfristigen Investitionskrediten getilgt werden. Damit konnte im Haushaltsjahr 2017 eine Nettoentschuldung in Höhe von 4.954.733,66 (Vorjahr 2.240.749,18 €) realisiert werden. Die aufgrund der Netto-Entschuldungen der vergangenen Jahre eingetretene Einsparung bei den Tilgungsleistungen beträgt mittlerweile rd. 400 T€ jährlich.

Positionen der Bilanz

Aktiva	Schlussbilanz 2016	Veränderungen	Schlussbilanz 2017
1. Anlagevermögen			
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	441.256,24	-59.368,96	381.887,28
1.2 Sachanlagen			
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	16.997.325,60	112.626,20	17.109.951,80
1.2.1.1 Grünflächen	9.689.851,45	55.712,08	9.745.563,53
1.2.1.2 Ackerland	5.374.076,91	9.500,21	5.383.577,12
1.2.1.3 Wald, Forsten	1.561.468,10	47.299,87	1.608.767,97
1.2.1.4 Sonst. unbebaute Grundstücke	371.929,14	114,04	372.043,18
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	108.004.106,83	-2.162.463,83	105.841.643,00
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	775.634,50	914.851,94	1.690.486,44
1.2.2.2 Schulen	44.423.562,39	-940.864,01	43.482.698,38
1.2.2.3 Wohnbauten	20.272,00	-20.272,00	0
1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	62.784.637,94	-2.116.179,76	60.668.458,18
1.2.3 Infrastrukturvermögen	105.299.148,14	-2.565.445,09	102.733.703,05
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	14.639.689,17	126.758,31	14.766.447,48
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	6.684.580,41	-295.543,24	6.389.037,17
1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen	0	0,00	0
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	0	0,00	0
1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	79.918.291,48	-2.242.704,17	77.675.587,31
1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	4.056.587,08	-153.955,99	3.902.631,09
	14.524.778,33	2.848.318,06	17.373.096,39
1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	1.248.536,32	2.038.810,73	3.287.347,05
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	60.652,00	0,00	60.652,00
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	3.456.380,61	1.172.233,79	4.628.614,40
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.347.364,90	13.877,41	5.361.242,31
1.2.8 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.411.844,50	-376.603,87	4.035.240,63
1.3 Finanzanlagen	111.671.124,78	3.442.262,56	115.113.387,34
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	81.808.075,36	0,00	81.808.075,36
1.3.2 Beteiligungen	3.246.053,77	1.000,00	3.247.053,77
1.3.3 Sondervermögen	13.366.351,05	0,00	13.366.351,05
1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens	11.249.240,33	3.472.360,22	14.721.600,55
1.3.5 Ausleihungen		0,00	
1.3.5.1 an verbundene Unternehmen		0,00	0
1.3.5.2 an Beteiligungen		0,00	0
1.3.5.3 an Sondervermögen		0,00	0
1.3.5.4 Sonstige Ausleihungen	2.001.404,27	-31.097,66	1.970.306,61
		0,00	
2. Umlaufvermögen			
2.1 Vorräte	0	0,00	0
2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	0	0,00	0
2.1.2 Geleistete Anzahlungen	0	0,00	0
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	26.861.471,33	437.821,07	27.295.609,17
2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	20.073.602,17	219.081,44	20.292.683,61
2.2.2 Privatrechtliche Forderungen	3.622.954,18	1.199.549,96	4.822.504,14
2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände	3.164.914,98	-984.493,56	2.180.421,42
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens	10.035.730,84	5.000.171,57	15.035.902,41
2.4 Liquide Mittel	5.557.800,40	-676.784,03	4.881.016,37
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	22.849.924,98	-334.448,28	22.515.476,70
SUMME AKTIV	422.242.667,47	6.039.006,04	428.281.673,51

Gegenüber der Vorjahresbilanz haben sich die Aktiva zum 31.12.2017 um rd. 6,0 Mio. € erhöht.

Dies ist im Wesentlichen auf

- Zugänge bei Bauten auf fremdem Grund und Boden (Anlagevermögen) in Höhe von rd. 2,0 Mio. €
- Zugänge bei Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge (Anlagevermögen) in Höhe von rd. 1,2 Mio. €
- Zugänge bei Finanzanlagen in Höhe von rd. 3,4 Mio. €
- Zugänge bei den Wertpapieren des Umlaufvermögens in Höhe von 5,0 Mio. € zurückzuführen.

Daneben hat es wie vorstehend dargestellt auch Abgänge gegeben. Hier sind insbesondere

- Abgänge bei bebauten Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten in Höhe von rd. 2,2 Mio. € und
- Abgänge beim Infrastrukturvermögen in Höhe von rd. 2,6 Mio. €
 - o davon beim Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen in Höhe von rd. 2,2 Mio. €

zu nennen. Die Abgänge resultieren im Wesentlichen aus Abschreibungen.

Passiva	Schlussbilanz 2017	Veränderungen	Schlussbilanz 2016
1. Eigenkapital	121.686.419,02	3.914.242,40	117.772.176,62
1.1 Allgemeine Rücklage	81.204.202,81	1.952.250,35	79.251.952,46
davon Deckungsrücklage (§43 Abs.3 GemHVO)	0	0,00	0,00
1.2 Sonderrücklagen	0	0,00	0,00
1.3 Ausgleichsrücklage	38.520.224,16	12.102.392,69	26.417.831,47
1.4 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.961.992,05	-10.140.400,64	12.102.392,69
2. Sonderposten	85.318.205,81	74.227,52	85.243.978,29
2.1 für Zuwendungen	84.796.717,95	373.018,14,63	84.423.699,81
2.2 für Beiträge	0	0,00	0,00
2.3 für den Gebührenaussgleich	0	-414.968,89	414.968,89
2.4 Sonstige Sonderposten	521.487,86	116.178,27	405.309,59
3. Rückstellungen	154.853.568,03	3.965.004,63	150.888.563,40
3.1 Pensionsrückstellungen	140.228.620,36	3.780.893,00	136.447.727,36
3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten	0	0,00	0,00
3.3 Instandhaltungsrückstellungen	3.983.000,00	3.313.000,00	670.000,00
3.4 Sonstige Rückstellungen	10.641.947,67	-3.128.888,37	13.770.836,04
4. Verbindlichkeiten	61.175.623,71	-1.617.186,66	62.792.810,37
4.1 Anleihen			
4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	41.303.991,35	-4.901.439,04	46.205.430,39
4.2.1 von verbundenen Unternehmen	0	0,00	0,00
4.2.2 von Beteiligungen	0	0,00	0,00
4.2.3 von Sondervermögen	0	0,00	0,00
4.2.4 vom öffentlichen Bereich	153.387,57	0,00	153.387,57
4.2.5 von Kreditinstituten	41.150.603,78	-4.901.439,04	46.052.042,82
4.3 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	0	0,00	0,00
4.4 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen gleichkommen	2.547.814,05	-353.986,64	2.901.800,69
4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.720.735,29	853.626,71	867.108,58
4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	1.367.088,29	-1.571.899,79	2.938.988,08
4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	7.410.312,87	4.129.512,93	3.280.799,94
4.8 Erhaltene Anzahlungen	6.821.998,63	223.315,94	6.598.682,69
5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten	5.251.540,17	-293.598,62	5.545.138,79
SUMME PASSIVA	428.281.673,51	6.039.006,04	422.242.667,47

Der Zugang bei der Bilanzsumme um rd. 6,0 Mio. € gegenüber dem Vorjahr ist auf der Passivseite im Wesentlichen durch Zugänge beim Eigenkapital (rd. +3,8 Mio. €), den Sonderposten (rd. +380 T€) und bei den Rückstellungen (+rd. 4 Mio. €) begründet. Die Verbindlichkeiten sind um rd. 1,6 Mio. € gesunken. Dabei ist der Rückgang bei den Investitionskrediten in Höhe von rd. -4,9 Mio. € besonders hervorzuheben.

NKF-Kennzahlenset

Zur weitergehenden Analyse der Schlussbilanz 2017 im Sinne des § 48 GemHVO werden die von der Gemeindeprüfungsanstalt NRW entwickelten und vom Innenministerium NRW empfohlenen kommunalen Haushaltskennzahlen als Zeitreihen für die letzten 3 Jahre dargestellt. Nach dem geltenden Erlass zum NKF - Kennzahlenset Nordrhein-Westfalen („Kennzahlenerlass“) vom 01.10.2008 - 34 - 48.04.05/01 - 2323/08 sind die Kennzahlen einem der folgenden Analysebereiche zugeordnet:

Kennzahlen zur haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation
Aufwandsdeckungsgrad
Eigenkapitalquote 1
Eigenkapitalquote 2
Fehlbetragsquote / Überschussquote
Kennzahlen zur Vermögenslage
Infrastrukturquote
Abschreibungsintensität
Drittfinanzierungsquote
Investitionsquote
Kennzahlen zur Finanzlage
Anlagendeckungsgrad 2
Dynamischer Verschuldungsgrad
Liquidität 2. Grades
Kurzfristige Verbindlichkeitsquote
Zinslastquote
Kennzahlen zur Aufwands- und Ertragslage
Netto-Steuerquote / Allgemeine Umlagenquote
Zuwendungsquote
Personalintensität
Sach- und Dienstleistungsintensität
Transferaufwandsquote

Die Analyse der Kennzahlen vollzieht sich durch die Ermittlung mathematischer Quoten. Ob und inwiefern die ermittelten Quoten positiv oder negativ zu bewerten sind, ist den Empfehlungen des Innenministeriums NRW zu den Kennzahlen nicht zu entnehmen. Wesentlich für die Analyse der Kennzahlen ist, dass diese nicht isoliert betrachtet werden, denn dann haben Kennzahlen in der Regel nur eine beschränkte Aussagekraft. In einem Kennzahlensystem stehen die einzelnen Kennzahlen daher nicht getrennt nebeneinander, sondern sind miteinander verwoben.

Die Analyse einer Kennzahl kann nur dann nutzbringend durchgeführt werden, wenn sie in eine Beziehung zu anderen Werten, beispielsweise einer Zeitreihe, gesetzt wird, oder mit anderen Kennzahlen verglichen wird.

Kennzahlen zur haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation	Ist 2017	Ist 2016	Ist 2015
Aufwandsdeckungsgrad	100,4 %	102,7%	102,0 %
<u>Definition IM NRW:</u> Diese Kennzahl zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden konnten. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden.			
<u>Berechnungsformel:</u> $(\text{Ordentliche Erträge} / \text{ordentliche Aufwendungen}) \times 100$			
<u>aktuelle Schlussfolgerung für den Kreis Minden-Lübbecke:</u> Nach dem jeweiligen Haushaltsergebnis stellt sich der Aufwandsdeckungsgrad über oder unter 100% dar. Der im Ergebnisplan 2017 erwirtschaftete Überschuss beim ordentlichen Ergebnis i. H. v. rd. 1,8 Mio. € führt zu einem entsprechenden Wert über 100%, wobei das Finanzergebnis außer Betracht bleibt. Im Falle des Einsatzes der Ausgleichsrücklage für den fiktiven Haushaltsausgleich bleibt der Aufwandsdeckungsgrad stets unter 100%. Es ist positiv hervorzuheben, dass in den vergangenen Jahren fortgesetzt positive Ergebnisse erwirtschaftet werden konnten, zuletzt allerdings mit deutlich abnehmender Tendenz. Es ist aufgrund der Senkung des Hebesatzes der allgemeinen Kreisumlage um 2 %-Punkte nicht zu erwarten, dass sich diese Entwicklung weiterhin zeigt.			

Kennzahlen zur haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation	Ist 2017	Ist 2016	Ist 2015
Eigenkapitalquote 1	28,4 %	27,9 %	25,6 %
<u>Definition IM NRW:</u> Die Kennzahl „Eigenkapitalquote 1“ misst den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Die Kennzahl kann lt. IM NRW ein wichtiger Bonitätsindikator sein.			
<u>Berechnungsformel:</u> $(\text{Eigenkapital} / \text{Bilanzsumme}) \times 100$			
<u>aktuelle Schlussfolgerung für den Kreis Minden-Lübbecke:</u> Die Bewertung der Eigenkapitalquote 1 muss vor dem Hintergrund der kommunalen Aufgabenstellungen und unter dem Aspekt der tatsächlichen Finanzierungsmöglichkeiten erfolgen. Eine hohe Eigenkapitalquote bedeutet nicht gleichzeitig, dass eine Kommune ihre Aufgaben insgesamt gut wahrnimmt. Entscheidender Bewertungsmaßstab ist vielmehr, ob und in welchem Umfang eine Kommune die notwendigen Infrastrukturinvestitionen (Straßen, Schulen, Kindergärten pp.) getätigt hat und ob diese dem Standard entsprechen. Die Begrenzung von Investitionen auf frei verfügbare Mittel kann auch zu einem Rückstand beim Vorhalten notwendiger Infrastruktur führen. Die deutlichen Steigerungen sind u.a. der Entschuldungspolitik des Kreises und dem positiven Jahresergebnissen geschuldet.			

Kennzahlen zur haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation	Ist 2017	Ist 2016	Ist 2015
Eigenkapitalquote 2	48,2 %	47,9 %	46,6%
<u>Definition IM NRW:</u> Die Kennzahl „Eigenkapitalquote 2“ misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am Gesamtkapital auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Weil bei den Kommunen die Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter oft einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen, wird die Wertgröße „Eigenkapital“ um diese „langfristigen“ Sonderposten erweitert.			
<u>Berechnungsformel:</u> (Eigenkapital + Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge) x 100 / Bilanzsumme			
<u>aktuelle Schlussfolgerung für den Kreis Minden-Lübbecke:</u> Zum Eigenkapital in Höhe von rd. 121,5 Mio. € werden bei dieser Berechnung die Sonderposten in Höhe von rd. 85,5 Mio. € (Vorjahr rd. 85,2 Mio. €) hinzugerechnet. Der Anteil der Sonderposten am wirtschaftlichen Eigenkapital beträgt 41,29 % (Vorjahr 41,99 %, Vorvorjahr 45,53 %). Dieser Anteil ist gesunken, weil Landeszuweisungen für Investitionen zurückgenommen wurden. Dies hat auch Auswirkungen auf künftige Ergebnisse, weil die jährlichen Abschreibungsaufwendungen in jedem Jahr zu einem Teil durch die ertragswirksame Auflösung von Sonderposten aufgefangen werden können. Sinkt der Anteil der Sonderposten und werden Investitionen dadurch zunehmend mit Eigenmitteln oder durch Kreditaufnahmen finanziert, so findet eine entsprechende Entlastung des Haushalts dauerhaft nicht mehr statt.			

Kennzahlen zur haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation	Ist 2017	Ist 2016	Ist 2015
Fehlbetragsquote / Überschussquote	1,5 %	11,3 %	9,1 %
<u>Definition IM NRW:</u> Diese Kennzahl gibt Auskunft über den durch einen Fehlbetrag in Anspruch genommenen bzw. über den durch einen Überschuss zusätzlich geschaffenen Eigenkapitalanteil. Da mögliche Sonderrücklagen hier jedoch unberücksichtigt bleiben müssen, bezieht die Kennzahl ausschließlich die Ausgleichsrücklage und die allgemeine Rücklage ein. Zur Ermittlung der Quote wird das jeweilige Jahresergebnis ins Verhältnis zu diesen beiden Bilanzposten gesetzt.			
<u>Berechnungsformel:</u> (Jahresergebnis / (Ausgleichsrücklage + Allgemeine Rücklage)) x 100			
<u>aktuelle Schlussfolgerung für den Kreis Minden-Lübbecke:</u> Im Jahr 2017 konnte noch eine Überschussquote in Höhe von 1,5 % erwirtschaftet werden. Damit kann die Ausgleichsrücklage wiederum aufgefüllt werden. Sie würde demnach auf insgesamt rd. 38,4 Mio. € ansteigen und hat damit nahezu des gesetzlichen Höchststand von einem Drittel des Eigenkapitals erreicht. Es besteht daher keine Notwendigkeit, zur Sicherung der dauerhaften Leistungsfähigkeit ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen (§ 56 b KrO NRW in Verbindung mit § 76 GO NRW).			

Kennzahlen zur Vermögenslage	Ist 2017	Ist 2016	Ist 2015
Infrastrukturquote	24,0 %	24,9 %	26,5 %
<u>Definition IM NRW:</u> Diese Kennzahl stellt ein Verhältnis zwischen dem Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite der Bilanz her. Sie gibt Aufschluss darüber, ob die Höhe des Infrastrukturvermögens den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Gemeinde entspricht. In Einzelfällen kann es sachgerecht sein, auch die Gebietsgröße der Gemeinde oder andere örtliche Besonderheiten bei der Bewertung dieser Kennzahl zu berücksichtigen.			
<u>Berechnungsformel:</u> $(\text{Infrastrukturvermögen} / \text{Bilanzsumme}) \times 100$			
<u>aktuelle Schlussfolgerung für den Kreis Minden-Lübbecke:</u> Der Anteil des Infrastrukturvermögens an der Bilanzsumme sinkt seit dem Jahr 2014 kontinuierlich. Dies deutet auf eine sinkende Investitionstätigkeit im Bereich des Infrastrukturvermögens hin. Die Neuinvestitionen sind seit 2014 geringer als der laufende Werteverzehr.			

Kennzahlen zur Vermögenslage	Ist 2017	Ist 2016	Ist 2015
Abschreibungsintensität	2,6 %	2,7%	2,6%
<u>Definition IM NRW:</u> Die Kennzahl zeigt an, in welchem Umfang die Gemeinde durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird.			
<u>Berechnungsformel:</u> $(\text{Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen} / \text{ordentliche Aufwendungen}) \times 100$			
<u>aktuelle Schlussfolgerung für den Kreis Minden-Lübbecke:</u> Die gegenüber den Vorjahren nahezu gleichbleibende Abschreibungsintensität in einem Ausmaß von 2,6 % - 2,7% erscheint als relativ geringfügige Belastung. Allerdings wird die Quote dadurch verzerrt, dass auch der gesamte SGB II-Aufwand für Bundesleistungen (rd. 100 Mio. €) in den ordentlichen Aufwand einbezogen wird, sodass der Bezugswert der Division evtl. noch zu bereinigen wäre, um eine realistischere Aussage zu erhalten. Die Kennzahl ist deshalb für einen Vergleich mit anderen Kreisen, die nicht auch Optionskommune sind, nicht geeignet. Darüber hinaus werden außerplanmäßige Abschreibungen auf Finanzanlagen aufgrund der unmittelbaren Verrechnung mit der Allgemeinen Rücklage nicht einbezogen, die in Vorjahren gleichwohl vorzunehmen waren.			

Kennzahlen zur Vermögenslage	Ist 2017	Ist 2016	Ist 2015
Drittfinanzierungsquote	34,2 %	35,2 %	35,9 %
<u>Definition IM NRW:</u> Die Kennzahl zeigt das Verhältnis zwischen den bilanziellen Abschreibungen und den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten im Haushaltsjahr. Sie gibt einen Hinweis auf die Frage, inwieweit die Erträge aus der Sonderpostenauflösung die Belastung durch Abschreibungen abmildern. Damit wird die Beeinflussung des Werteverzehrs durch die Drittfinanzierung deutlich.			
<u>Berechnungsformel:</u> (Erträge aus der Auflösung von Sonderposten / bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen) x 100			
<u>aktuelle Schlussfolgerung für den Kreis Minden-Lübbecke:</u> Die Quote ist in den letzten Jahren jeweils gesunken, insgesamt um 1,2 %. Dies deutet darauf hin, dass die Drittfinanzierung insgesamt rückläufig ist und der Kreis mehr Eigenmittel für die Finanzierung seiner Investitionen einsetzen musste. Eine vergleichbare Aussage lässt sich auch aus der Kennzahl der Eigenkapitalquote 2 ableiten (siehe dort).			

Kennzahlen zur Vermögenslage	Ist 2017	Ist 2016	Ist 2015
Investitionsquote	98,3 %	112,7 %	36,7 %
<u>Definition IM NRW:</u> Die Kennzahl gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgängen neue Investitionen gegenüberstehen.			
<u>Berechnungsformel:</u> Bruttoinvestitionen / (Abgänge des Anlagevermögens + Abschreibungen auf das Anlagevermögen) x 100			
<u>aktuelle Schlussfolgerung für den Kreis Minden-Lübbecke:</u> Es kommt zu Schwankungen bei dieser Kennzahl, wenn in größerem Maße Abgänge beim Anlagevermögen zu verzeichnen waren (2014: Übergang von Straßenvermögen an die Stadt Minden) oder wenn die Investitionen und damit auch die jährlichen Abschreibungen stark ansteigen. Der Kreis hat seit 2016 die Bruttoinvestitionen gegenüber den Vorjahren deutlich erhöht, was in der Folge auch zu ansteigenden Abschreibungen führt. Die Abschreibungen in 2017 sind mit rd. 12,8 Mio. € gegenüber 2016 mit rd. 400 T€ bzw. gegenüber 2019 mit 992 T€ gestiegen.			

Kennzahlen zur Finanzlage	Ist 2017	Ist 2016	Ist 2015
Anlagendeckungsgrad 2	108,9 %	108,5 %	107,5 %
<u>Definition IM NRW:</u> Die Kennzahl „Anlagendeckungsgrad 2“ gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Bei der Berechnung dieser Kennzahl werden dem Anlagevermögen die langfristigen Passivposten Eigenkapital, Sonderposten mit Eigenkapitalanteilen und langfristiges Fremdkapital gegenübergestellt.			
<u>Berechnungsformel:</u> $(Eigenkapital + Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge + langfristiges Fremdkapital) \times 100 / \text{Anlagevermögen}$			
<u>aktuelle Schlussfolgerung für den Kreis Minden-Lübbecke:</u> Gemäß der „Goldenen Bilanzregel“ ist das Anlagevermögen vollends durch langfristiges Eigen- und Fremdkapital finanziert. Die Investitionskredite entsprechen in ihren Laufzeiten den Nutzungsdauern der beschafften Anlagegüter.			

Kennzahlen zur Finanzlage	Ist 2017	Ist 2016	Ist 2015
Dynamischer Verschuldungsgrad (Jahre)	12,8	11,8	18,2
<u>Definition IM NRW:</u> Mithilfe der Kennzahl „Dynamischer Verschuldungsgrad“ lässt sich die Schuldentilgungsfähigkeit der Kommune beurteilen. Sie hat dynamischen Charakter, weil sie mit dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit aus der Finanzrechnung eine zeitraumbezogene Größe enthält. Dieser Saldo zeigt bei jeder Kommune an, in welcher Größenordnung freie Finanzmittel aus ihrer laufenden Geschäftstätigkeit im abgelaufenen Haushaltsjahr zur Verfügung stehen und damit zur möglichen Schuldentilgung genutzt werden könnten. Der Dynamische Verschuldungsgrad gibt an, in wie vielen Jahren es unter theoretisch gleichen Bedingungen möglich wäre, die Effektivverschuldung aus den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln vollständig zu tilgen (Entschuldungsdauer).			
<u>Berechnungsformel:</u> Effektivverschuldung / Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Finanzrechnung)			
<u>aktuelle Schlussfolgerung für den Kreis Minden-Lübbecke:</u> Die Berechnung berücksichtigt nach der Detailformel sowohl Verpflichtungen aus Rückstellungen und Verbindlichkeiten als auch die liquiden Mittel und kurzfristigen Forderungen und bildet hieraus einen Quotienten mit dem Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit: <ul style="list-style-type: none"> • Sonderposten für den Gebührenausschlag • + Summe der Rückstellungen • + Summe der Verbindlichkeiten • - Summe der liquiden Mittel • - <u>Summe der kurzfristigen Forderungen</u> • Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit 			
Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das für diese Kennzahl zu berücksichtigende Fremdkapital um rd. 2 Mio. € und die liquiden Mittel um rd. 677 T€ erhöht, während sich die kurzfristigen Forderungen um rd. 1,5 Mio. € verringert haben. Der Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit			

keit ist um rd. 1,1 Mio. € gesunken. Dies in Summe führt zu einer Verschlechterung bei dieser Kennzahl. Unter theoretisch gleichen Bedingungen benötigt der Kreis jetzt ein Jahr länger für seine Schuldentilgung.

Kennzahlen zur Finanzlage	Ist 2017	Ist 2016	Ist 2015
Liquidität 2. Grades	162,5 %	201 %	291%
<u>Definition IM NRW:</u> Die Kennzahl gibt stichtagsbezogen Auskunft über die „kurzfristige Liquidität“ der Kommune. Sie zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können.			
<u>Berechnungsformel:</u> $((\text{Liquide Mittel} + \text{kurzfristige Forderungen}) / \text{kurzfristige Verbindlichkeiten}) \times 100$			
<u>aktuelle Schlussfolgerung für den Kreis Minden-Lübbecke:</u> Die Relation der kurzfristig verfügbaren Finanzmittel zu den kurzfristigen Verbindlichkeiten ist deutlich über 100%, was darauf schließen lässt, dass der Kreis stets in der Lage war, seine laufenden kurzfristigen Verpflichtungen zu erfüllen ohne Drittmittel als Kassenkredite in Anspruch nehmen zu müssen. Dies zeigte sich so auch im Verlaufe des Jahres 2017.			

Kennzahlen zur Finanzlage	Ist 2017	Ist 2016	Ist 2015
Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	4,0 %	3,2 %	1,9 %
<u>Definition IM NRW:</u> Wie hoch die Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird, kann mit Hilfe der Kennzahl „Kurzfristige Verbindlichkeitsquote“ beurteilt werden.			
<u>Berechnungsformel:</u> $(\text{kurzfristige Verbindlichkeiten} / \text{Bilanzsumme}) \times 100$			
<u>aktuelle Schlussfolgerung für den Kreis Minden-Lübbecke:</u> Der Anteil der kurzfristigen Verbindlichkeiten hat sich gegenüber den Vorjahren fortgesetzt erhöht. Eine Gefährdung der Finanzlage durch innerhalb eines Jahres fällig werdende kurzfristige Verpflichtungen ist dennoch nicht zu befürchten.			

Kennzahlen zur Finanzlage	Ist 2017	Ist 2016	Ist 2015
Zinslastquote	0,3 %	0,3 %	0,4 %
<u>Definition IM NRW:</u> Die Kennzahl „Zinslastquote“ zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den (ordentlichen) Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.			
<u>Berechnungsformel:</u> $(\text{Finanzaufwendungen} / \text{ordentliche Aufwendungen}) \times 100$			
<u>aktuelle Schlussfolgerung für den Kreis Minden-Lübbecke:</u> Die gegenüber den Vorjahren annähernd gleichbleibende Zinslastquote ist vor dem Hintergrund eines in 2017 um rd. 33,7 Mio. € gestiegenen Aufwandsvolumens positiv zu bewerten. Die Finanzaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr sogar um rd. 80 T€ auf rd. 1.547 T€ gesunken. Die in der Regel langfristig festgelegten Zinskonditionen lassen jedoch für künftige Jahre keine bedeutenden Minderungen bei den Zinsaufwendungen mehr zu.			

Kennzahlen zur Aufwands- und Ertragslage	Ist 2017	Ist 2016	Ist 2015
Netto-Steuerquote / Allgemeine Umlagenquote	39,6 %	40,7 %	40,8 %
<u>Definition IM NRW:</u> Die Netto-Steuerquote gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist. Für eine realistische Ermittlung der Steuerkraft der Gemeinde ist es erforderlich, den Gemeindeanteil an der Gewerbesteuer und den Aufwand für die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit in Abzug zu bringen. Bei Kreisen und anderen Gemeindeverbänden, denen Steuern nicht in einem Umfang wie den Gemeinden zufließen, ist die Netto-Steuerquote durch die „Allgemeine Umlagenquote“ zu ersetzen.			
<u>Berechnungsformel:</u> bei Kreisen u. Gemeindeverbänden $(\text{Allgemeine Umlage} / \text{ordentliche Erträge}) \times 100$			
<u>aktuelle Schlussfolgerung für den Kreis Minden-Lübbecke:</u> Bei der Umlagenquote werden die allgemeine und die differenzierte Kreisumlage berücksichtigt. Im Vergleich zu anderen Kreisen in NRW ist zu sagen, dass die Umlagenquote des Kreishaushalts nur vergleichbar mit den Kreisen in NRW ist, die ebenfalls Optionskommunen zur Ausführung des SGB II sind. Da das Volumen aller SGB II - Leistungen – einschl. der Bundesleistungen – im Kreishaushalt veranschlagt und ausgeführt wird, ist das Haushaltsvolumen um rd. 100 Mio. € höher als bei Kreisen, die nicht Optionskommune sind. Da die Umlagenquote diese Besonderheit nicht berücksichtigt, ist die Aussagekraft im Hinblick auf einen Quervergleich sehr eingeschränkt. Dasselbe gilt auch für einen internen Vergleich auf der Zeitschiene, da die SGB II - Bundesleistungen sehr volatil sind.			

Kennzahlen zur Aufwands- und Ertragslage	Ist 2017	Ist 2016	Ist 2015
Zuwendungsquote	15,2 %	14,1 %	14,3 %
<u>Definition IM NRW:</u> Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit die Gemeinde von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.			
<u>Berechnungsformel:</u> $(\text{Erträge aus Zuwendungen (KGr. 41)} / \text{ordentliche Erträge}) \times 100$			
<u>aktuelle Schlussfolgerung für den Kreis Minden-Lübbecke:</u> Unter „Erträgen aus Zuwendungen“ werden insbesondere erfasst: <ul style="list-style-type: none"> • Erträge aus den Schlüsselzuweisungen vom Land • Erträge aus Bedarfszuweisungen vom Land • Erträge aus Allgemeinen Zuweisungen vom Bund (keine Kostenerstattungen z.B. im Rahmen der SGB II-Erstattungen durch den Bund, diese wären unter der Kontengruppe 449 zu verorten) • Erträge aus Allgemeinen Zuweisungen vom Land • Erträge aus Bundes- und Landeszuweisungen für lfd. Zwecke und • Erträge aus der Auflösung von Sonderposten <p>Da der Kreis nicht über eigene Steuereinnahmen verfügt, ist er in besonderem Maße von diesen Zuweisungen abhängig. Erträge, die aus diesen Zuwendungen generiert werden können, haben unmittelbaren Einfluss auf den Umlagebedarf bei der allgemeinen Kreisumlage.</p>			

Kennzahlen zur Aufwands- und Ertragslage	Ist 2017	Ist 2016	Ist 2015
Personalintensität	12,6 %	13,4%	13,7%
<u>Definition IM NRW:</u> Die „Personalintensität“ gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen. Im Hinblick auf den interkommunalen Vergleich dient diese Kennzahl dazu, die Frage zu beantworten, welcher Teil der Aufwendungen üblicherweise für Personal aufgewendet wird.			
<u>Berechnungsformel:</u> $(\text{Personalaufwendungen} / \text{ordentliche Aufwendungen}) \times 100$			
<u>aktuelle Schlussfolgerung für den Kreis Minden-Lübbecke:</u> Auch hier verzerren die finanziellen Transaktionen im Rahmen der SGB II - Option die Aussage dieser Quote durch die Aufblähung des Kreishaushaltes in einer Größenordnung von insgesamt rd. 100 Mio. €. Da die Personalintensität diese Besonderheit nicht berücksichtigt, ist die Aussagekraft sehr eingeschränkt. Im Zeitvergleich zeigt sich jedoch zuletzt eine sinkende Quote.			

Kennzahlen zur Aufwands- und Ertragslage	Ist 2017	Ist 2016	Ist 2015
Sach- und Dienstleistungsintensität	3,4 %	3,4 %	3,4 %
<u>Definition IM NRW:</u> Die Kennzahl „Sach- und Dienstleistungsintensität“ lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Gemeinde für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.			
<u>Berechnungsformel:</u> (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen / ordentliche Aufwendungen) x 100			
<u>aktuelle Schlussfolgerung für den Kreis Minden-Lübbecke:</u> Die ermittelte Quote ist mit 3,4 % in allen drei Jahren gleichbleibend. Der Kreis Minden-Lübbecke führt viele Leistungen mit eigenem Personal durch. Dies wird an den Beispielen des eigenen Reinigungsdienstes und der selbst bewirtschafteten Kantinen im Kreishaushalt und beim Schulzentrum Minden besonders deutlich. Dadurch wird die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter geringer. Die Aufwendungen sind jedoch nicht eingespart sondern verschieben sich in den Bereich der Personalkosten. Die Entscheidung, diese Aufgaben von eigenen Kräften wahrnehmen zu lassen, ist jedoch nicht allein aus wirtschaftlichen Erwägungen sondern aus personalpolitischen Gründen getroffen worden.			

Kennzahlen zur Aufwands- und Ertragslage	Ist 2017	Ist 2016	Ist 2015
Transferaufwandsquote	74,3 %	74,5%	74,9%
<u>Definition IM NRW:</u> Die Kennzahl „Transferaufwandsquote“ stellt einen Bezug zwischen den Transferaufwendungen und den ordentlichen Aufwendungen her.			
<u>Berechnungsformel:</u> (Transferaufwendungen / ordentliche Aufwendungen) x 100			
<u>aktuelle Schlussfolgerung für den Kreis Minden-Lübbecke:</u> Die besonders hohe Quote ist eine Auswirkung der Aufgaben als SGB II - Optionskommune. Da die in diesem Zusammenhang zu leistenden Transferleistungen einschließlich ALG II und Eingliederungsleistungen vollständig über den Kreishaushalt abzuwickeln sind, verzerren die mit mehr als 100 Mio. € zu beziffernden Aufwendungen das Gesamtbild. Das Quotenergebnis kann im interkommunalen Vergleich nicht verwendet werden.			

Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung

Tatsachen, welche die Aufgabenerfüllung und Haushaltswirtschaft nachhaltig beeinträchtigen können, sind derzeit nicht ersichtlich. Die Personal- und Sachmittelausstattung der Dienststellen der Kreisverwaltung ist den Aufgaben angemessen und bietet keinen Anhaltspunkt dafür, dass die Funktionsfähigkeit als Behörde oder im Bereich der Daseinsvorsorge nicht gegeben sein könnte.

- Entwicklung des Buchwertes der RWE-Aktien

Der Kreis Minden-Lübbecke besitzt ein Aktienpaket von 269.140 Stammaktien der RWE-AG und 111.540 Aktien der RW-Holding AG. Aufgrund der Kursentwicklung der Aktien waren in der Vergangenheit zum Teil erhebliche Wertberichtigungen vorzunehmen. Die Entwicklung dieser Aktien birgt für den Kreis Minden-Lübbecke stets Chancen und Risiken zugleich.

Im Jahr 2017 war erstmals eine Zuschreibung erforderlich, da die Werterhöhung als „dauerhaft“ zu bewerten war. Die hier vorhandenen stillen Reserven wurden dabei aufgedeckt.

Für das Jahr 2017 werden auch wieder Dividenden ausgeschüttet, die dem Ergebnis des Jahres 2018 zugutekommen werden.

- Entwicklung der Mühlenkreiskliniken AöR

Das Engagement des Kreises im Bereich der klinischen Gesundheitsdienste als alleiniger Träger der Mühlenkreiskliniken AöR stellt weiterhin ein beträchtliches finanzwirtschaftliches Risiko für den Kreis dar. Die zwischenzeitlich zur Verbesserung der Erlös- und Kostenstrukturen in der MKK AöR auch mit Unterstützung einer namhaften Unternehmensberatung ergriffenen Maßnahmen führen langsam zu den notwendigen wirtschaftlichen Erfolgen. Anhaltspunkte für eine notwendige Wertberichtigung der Beteiligung haben sich derzeit nicht ergeben.

Es muss allerdings gelingen, den Konzern weiterhin nachhaltig zukunftsfähig aufzustellen. Aufgrund der durch die Rechtsform AöR vorgegebenen Gewährträgerhaftung des Kreises als Träger sind die Risiken der MKK AöR auch gleichzeitig als Risiken für den Kreis Minden-Lübbecke zu werten. Es ist daher auch für die Finanzen des Kreises Minden-Lübbecke essentiell, dass die Sanierung weiterhin erfolgreich verläuft.

- Entwicklung der Verschuldung

Der Kreis ist trotz der vorstehend beschriebenen Entschuldung in den Jahren 2014 bis 2017 nach wie vor ein der hoch verschuldeter Kreis in NRW, insbesondere wenn man den Kreis als Konzern betrachtet (nachfolgend Zahlen zum Stichtag 31.12.2016; Quelle: LKT):

- von allen Kreisen in NRW (31) hat der Kreis Minden-Lübbecke die höchste Pro-Kopf-Verschuldung im Gesamthaushalt.
- von allen Kreisen in NRW (31) hat der Kreis Minden-Lübbecke die dritthöchste Verschuldung im Gesamthaushalt.

- von allen Kreisen in NRW (31) hat der Kreis Minden-Lübbecke die elfthöchste Verschuldung im Kernhaushalt.
- von allen Kommunen in NRW (einschl. Kreise und LV) hat der Kreis Minden-Lübbecke Platz 52 unter den am höchsten verschuldeten Kommunen.

Die Verschuldung des Kreises belastet wegen der Zinsaufwendungen die Ergebnisrechnung. Das historisch niedrige Zinsniveau sorgt jedoch derzeit dafür, dass die Zinsbelastung tragbar ist. Es ist nicht zu erwarten, dass die Zinsen kurzfristig ansteigen werden, jedoch stellt die mögliche Zinsentwicklung ein potentiellies Risiko für die Zukunft dar. Darüber hinaus ist nicht zu erwarten, dass der in den Jahren 2014 bis 2017 eingeschlagene Weg einer Netto-Entschuldung aufgrund anstehender größerer Investitionsbedarfe in den Folgejahren konsequent weiterverfolgt werden kann.

- Entwicklung der Zahlungsfähigkeit / Liquidität

Der Kreis muss grundsätzlich in besonderem Maße auf ausreichende Liquidität achten, da er kein eigenes Steuerheberecht besitzt und die notwendige Liquidität nicht ohne weiteres erweiterbar ist. Allerdings hat sich die Liquidität des Kreises aufgrund der letzten guten Jahresabschlüsse verbessert. Kassenkredite sind 2017 nicht in Anspruch genommen worden. Dennoch konnte die Liquidität, die durch die Aufwendungen für Abschreibungen entsteht, schon lange nicht mehr in vollem Umfang für Investitionen verwendet werden, sondern wurde zunehmend für die Refinanzierung von Sozialleistungen benötigt. Dadurch mussten notwendige Investitionen immer wieder aufgeschoben werden. Dies kann in Zukunft zu größeren Kreditbedarfen führen.

Ebenso werden für Rückstellungen weiterhin keine wesentlichen Finanzreserven, z.B. durch Geldanlagen vorgehalten. Dies gilt insbesondere auch für die Pensionsrückstellungen, die nur in sehr geringem Maße durch liquide Mittel abgesichert sind. Zwar werden seit einiger Zeit jährlich regelmäßige Einzahlungen in einen Pensionsfonds geleistet. Damit kann aber bislang nur ein kleiner Teil der Pensionslasten gedeckt werden.

Darüber hinaus kommen auch mehr und mehr neue Aufgaben auf die Kreise zu. Hier ist besonders auf Konnexität zu achten, damit die Übertragung neuer Aufgaben nur mit einer angemessenen Finanzausstattung erfolgt.

- Beteiligungen

Zum 31.12.2017 hatte der Kreis sich an 25 Unternehmen unmittelbar beteiligt. Darüber hinaus bestanden noch 13 mittelbare Beteiligungen. Die wirtschaftliche Betätigung des Kreises, die in diesen Beteiligungen zum Ausdruck kommt, findet in den verschiedensten Aufgabenbereichen statt. Näheres hierzu kann dem Beteiligungsbericht entnommen werden.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Beteiligungen stellen für den Kreis wirtschaftliche Chancen und Risiken gleichermaßen dar. Sie sind jeweils abhängig von der finanziellen Größenordnung, der Rechtsform, der wirtschaftlichen Situation des Unternehmens und vom Ausmaß der Beteiligung an dem jeweiligen Unternehmen.

Von besonderer Bedeutung für den Kreis sind dabei die Mühlenkreiskliniken (siehe oben) und die Mindener Kreisbahnen. Daher bedürfen diese Beteiligungen eines besonderen Augenmerks.

- Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand – § 2b UStG

Die Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand wird mit Wirkung ab dem 01. Januar 2016 völlig neu geregelt. Finanzverwaltung und Gesetzgeber sind tätig geworden, um die Umsatzbesteuerung von juristischen Personen des öffentlichen Rechts den Vorgaben der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes und des Europäischen Gemeinschaftsrechts anzugleichen. Einerseits werden aus europarechtlichen Gründen einige Aktivitäten der öffentlichen Hand nunmehr zusätzlich in den Bereich der Umsatzsteuerbarkeit einbezogen. Andererseits bietet sich jedoch im Rahmen der Zusammenarbeit von juristischen Personen der öffentlichen Hand die Chance, dass bisher als umsatzsteuerbar qualifizierte Tätigkeiten nicht mehr der Umsatzbesteuerung unterfallen.

Der neue § 2b UStG hat unter anderem zur Folge, dass zahlreiche und wesentliche Besteuerungsprivilegien der öffentlichen Hand aufgehoben werden. Jede Tätigkeit von juristischen Personen des öffentlichen Rechts auf privatrechtlicher Grundlage soll nunmehr als unternehmerisch eingestuft werden. Darüber hinaus kann es auch eine Steuerpflicht auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts geben. Lediglich Tätigkeiten, die im Rahmen öffentlicher Gewalt ausgeübt werden, unterliegen nicht der Steuerpflicht. Hierbei handelt es sich um Tätigkeiten, bei denen die juristische Person des öffentlichen Rechts hoheitlich im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Sonderregelung tätig wird. Interkommunale Kooperationen müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllen, um als nicht steuerbar behandelt zu werden.

Die Neuregelung des § 2b Umsatzsteuergesetz ist zum 1. Januar 2016 in Kraft getreten. Allerdings ist eine Übergangsregelung vorgesehen, wonach für sämtliche vor dem 1. Januar 2017 ausgeführten Leistungen die bisherige Rechtslage anzuwenden ist.

Zusätzlich wird den juristischen Personen des öffentlichen die Möglichkeit eingeräumt, bis zum 1. Januar 2021 weiterhin das alte Recht anzuwenden. Dies musste dem Finanzamt gegenüber ausdrücklich erklärt werden. Von dieser Option hat der Kreis Minden-Lübbecke Gebrauch gemacht und die notwendige Erklärung abgegeben.

Um sich auf die Gesetzesumstellung vorzubereiten, hat der Kreis einen neuen Mitarbeiter eingestellt, der zunächst im Rahmen einer Projektarbeit den Umstellungsprozess aufbauen und den Umsetzungsprozess federführend begleiten wird. Ein Teil seiner Aufgabe besteht auch darin, ein Tax-Compliance-System aufzubauen, um Haftungsrisiken zu minimieren. Nach der Umsetzung des Projektes wird es Aufgabe des Mitarbeiters sein, zusammen mit den Fachämtern die ordnungsgemäße Anwendung der neuen Regelungen sicherzustellen.

Angaben nach § 53 KrO NRW i. V. m. § 95 Abs. 2 GO NRW

- Landrat und Kämmerer -

1. Name, Vorname	2. ausgeübter Beruf	3. bis. 5. Mitgliedschaft - in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien - in Organen verselbständigter Aufgabenbereiche des Kreises - Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Dr. Niemann, Ralf	Landrat	Ausbildungsgemeinschaft der Wirtschaft Minden-Lübbecke e.V. - Mitgliederversammlung EDEKA Minden-Hannover Stiftung - Kuratorium Gelsenwasser AG - Kommunalen Beirat Interessengemeinschaft Standortförderung Kreis Minden-Lübbecke e.V. - Vorstand und Mitgliederversammlung KAVG, KreisAbfallVerwertungsGesellschaft mbH, Aufsichtsrat Mindener Kreishallen GmbH - Aufsichtsrat Mühlenkreisklinken AöR - Vorsitzender des Verwaltungsrates OstWestfalenLippe GmbH - Gesellschafterversammlung Planungsverband Klinikum Minden - Verbandsversammlung Planungsverband Regio Port Weser - Verbandsversammlung Radio Minden-Lübbecke GmbH & Co. KG - Vorsitzender Gesellschafterversammlung Rheinisch Westfälische Elektrizitätswerke AG (RWE) - Beirat Rheinisch Westfälische Elektrizitätswerke AG (RWE) - Hauptversammlung RW Holding AG - Hauptversammlung Sparkasse Minden-Lübbecke - Risikoausschuss - Bilanzprüfungsausschuss - Verwaltungsrat jeweils beratendes Mitglied Sparkassenzweckverband Minden-Lübbecke - Zweckverbandsversammlung Vorsitzender Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH - Gesellschafterversammlung ZAM Ausbildung gGmbH - Gesellschafterversammlung CVUA-OWL - Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt AöR - Verwaltungsrat
Jörg-Michael Schrader	Kreiskämmerer	Flugplatzbetriebgesellschaft mbH "Porta Westfalica" - Aufsichtsrat GVA Gesellschaft zur Verwertung von Abfällen im Kreis Minden-Lübbecke mbH - Gesellschafterversammlung (Stv.) GVA Gesellschaft zur Verwertung von Abfällen im Kreis Minden-Lübbecke mbH - Beirat Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe (KRZ) - Verbandsversammlung (Stv.) RWE AG - Hauptversammlung (Stv.) RW Holding AG - Hauptversammlung (Stv.) Sparkassenzweckverband Minden-Lübbecke - Zweckverbandsversammlung (Stv.) Wochenend- und Ferienerholungsanlage Großer Weserbogen GmbH - Gesellschafterversammlung (Stv.)

Angaben nach § 53 KrO NRW i. V. m. § 95 Abs. 2 GO NRW

- Kreistagsmitglieder -

1. Name, Vorname	2. ausgeübter Beruf	2.1 selbstständige Tätigkeit	3. bis 5. Mitgliedschaft - in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien - in Organen verselbständigter Aufgabenbereiche des Kreises - Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Beckschewe, Detlef	Angestellter Sparkasse Minden-Lübbecke		Mühlenkreiskliniken AöR, Verwaltungsrat Sparkasse Minden-Lübbecke, Verwaltungsrat (Mitarbeitervertreter)
Beier, Matthias		ITK u. EDV-Service	Mühlenkreisklinken AöR, Stv. Verwaltungsrat
Beste, Jörg Ulrich	Beamter AG: BEV Bundeseisenbahnvermögen Hannover		Mühlenkreisklinken AöR, Stv. Verwaltungsrat Sparkasse Minden-Lübbecke, Verbandsversammlung
Borgmann, Alfred	Geschäftsführer eines Kreisverbandes AG: CDU NRW	freie künstlerische Betätigung	Sparkasse Minden-Lübbecke, Stv. Verbandsversammlung Trägerverein ehemalige Synagoge Petershagen e.V., Mitgliederversammlung
Brauckmüller, Axel	Gruppenleiter AG: Paritätische Lebenshilfe Schaumburg-Weserbergland		Planungsverband Klinikum Minden, Stv. Verbandsversammlung Planungsverband RegioPort Weser, Verbandsversammlung Sparkasse Minden-Lübbecke, Stv. Verbandsversammlung
Darlath, Thomas	Feuerwehrbeamter (m. D.) AG: Stadt Minden Schriftführer AG: SPD	Elektrizitätsversorgungsunter- nehmen i.S. § 5 Nr. 13 EEG	Sparkasse Minden-Lübbecke, Stv. Verwaltungsrat Sparkasse Minden-Lübbecke, Verbandsversammlung
Detert, Karl-Heinz	Instandhaltungsplaner Fahrbahn AG: DB AG Netze		Sparkasse Minden-Lübbecke, Verbandsversammlung
Eickmeier, Andreas		Geschäftsführer ICEX Handelsgesellschaft mbH, Geschäftsführer ODS Object Design GmbH	IHK Bielefeld, Außenwirtschaftsausschuss Kliniken im Mühlenkreis i.L., Verbandsversammlung Mühlenkreisklinken AöR, Stv. Verwaltungsrat Sparkasse Minden-Lübbecke, Verbandsversammlung
Grannemann, Ulrike	Angestellte AG: Hiller Reisebüro Angestellte AG: Fahrschule Steinigans		Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter, Mitgliederversammlung MKB, Stv. Gesellschafterversammlung Naturpark Terra Vita, Mitgliederversammlung Sparkasse Minden-Lübbecke, Stv. Verwaltungsrat Sparkasse Minden-Lübbecke, Verbandsversammlung Verkehrsverbund OWL, Stv. Verbandsversammlung
Grosskurth, Michael	Verwaltungsleitung AG: Klinik Bad Oexen		Auguste-Viktoria-Klinik, Aufsichtsrat Kliniken im Mühlenkreis i.L., Verbandsversammlung Mühlenkreiskliniken AöR, Verwaltungsrat Mühlenkreis Service GmbH, Aufsichtsrat Planungsverband Klinikum Minden, Verbandsversammlung
Gutsche, Siegfried	Lehrer für Pflegeberufe AG: Klinikum Herford / Gesundheitswesen		Aufsichtsrat Auguste-Viktoria-Klinik Kliniken im Mühlenkreis i.L., Stv. Verbandsversammlung Mühlenkreiskliniken AöR, Verwaltungsrat Sparkasse Minden-Lübbecke, Verbandsversammlung
Habbe, Erwin	Pensionär AG: Land NRW		AML Immobilien GmbH, Gesellschafterversammlung MHV, Stv. Aufsichtsrat Mühlenkreisklinken AöR, Verwaltungsrat Sparkasse Minden-Lübbecke, Stv. Verwaltungsrat Sparkasse Minden-Lübbecke, Verbandsversammlung Verkehrsverbund OWL, Stv. Verbandsversammlung
Härtel, Birgit			ArbeitsLebenZentrum e.V., Stv. Mitgliederversammlung Kliniken im Mühlenkreis i.L., Stv. Verbandsversammlung Kloster Dalheim, Kuratorium MHV, Stv. Aufsichtsrat MKB, Aufsichtsrat Mühlenkreisklinken AöR, Stv. Verwaltungsrat Sparkasse Minden-Lübbecke, Verwaltungsrat Sparkasse Minden-Lübbecke, Verbandsversammlung Stiftung Preußen Museum NRW, Stiftungsrat Veranstaltergemeinschaft Radio Westfalica, Mitgliederversammlung Wittekindshof, Kuratorium
Heinrich, Stefan	Geschäftsführer AG: Michelles Specialities, Food	Vermietung Photovoltaik	Erholungsbereich Große Aue, Verbandsversammlung Sparkasse Minden-Lübbecke, Stv. Verbandsversammlung
Hoppmann, Volker	Gewerkschaftssekretär AG: Gewerkschaft verdi		Besucherbergwerk Kleinenbremen, Stv. Gesellschafterversammlung Großer Weserbogen, Stv. Gesellschafterversammlung Klinikum Lippe Gesellschaft, Aufsichtsrat MHV, Aufsichtsrat MKB, Aufsichtsrat Sparkasse Minden-Lübbecke, Stv. Verbandsversammlung Verkehrsverbund OWL, Verbandsversammlung
Horstmann, Ute	Leitung offener Ganztage AG: BaSgGmbH OGS		AML Immobilien GmbH, Gesellschafterversammlung Sparkasse Minden-Lübbecke, Stv. Verbandsversammlung
Dr. Horter, Manfred	Oberstudiendirektor a. D. AG: Land NRW	Ferienimmobilien Horter, Grundstücksgemeinschaft GbR	Besucherbergwerk Kleinenbremen, Aufsichtsrat Erholungsbereich Große Aue, Stv. Verbandsversammlung Flugplatzbetriebsgesellschaft, Stv. Aufsichtsrat Flugplatzbetriebsgesellschaft, Gesellschafterversammlung Großer Weserbogen, Gesellschafterversammlung Kliniken im Mühlenkreis i.L., Verbandsversammlung Mühlenkreiskliniken AöR, Verwaltungsrat Planungsverband Klinikum Minden, Verbandsversammlung Planungsverband RegioPort Weser, Verbandsversammlung
Huxoll, Susanne	Lehrerin im Angestelltenverhältnis AG: BR Detmold		Höhere Landbauschule Herford, Stv. Beirat Trägerverein ehemalige Synagoge Petershagen e.V., Mitgliederversammlung
Hövert, Melanie	Auszubildende zur Altenpflegerin AG: Diakonie Minden		Verkehrsverbund OWL, Stv. Verbandsversammlung

Angaben nach § 53 KrO NRW i. V. m. § 95 Abs. 2 GO NRW

- Kreistagsmitglieder -

1. Name, Vorname	2. ausgeübter Beruf	2.1 selbstständige Tätigkeit	3. bis 5. Mitgliedschaft - in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien - in Organen verselbstständigter Aufgabenbereiche des Kreises - Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Kaase, Ulrich	Sonderschulrektor a. D. AG: Land NRW		AML Immobilien GmbH, Gesellschafterversammlung Auguste-Viktoria-Klinik, Aufsichtsrat GVoA, Gesellschafterversammlung Kliniken im Mühlenkreis i.L., Verbandsversammlung Kommunales Rechenzentrum (KRZ), Beirat Mühlenkreiskliniken AöR, Verwaltungsrat Mühlenkreis Service GmbH, Aufsichtsrat Werre-Wasserverband, Verbandsversammlung
Koopmann, Wolfgang	Mitarbeiter der Bundeswehr a. D.		Kliniken im Mühlenkreis i.L., Stv. Verbandsversammlung MKB, Aufsichtsrat Mühlenkreiskliniken AöR, Stv. Verwaltungsrat Planungsverband RegioPort Weser, Verbandsversammlung Verkehrsverbund OWL, Stv. Verbandsversammlung
Korte, Kirsten		Abgeordnete des Landtags NRW	Kliniken im Mühlenkreis i.L., Verbandsversammlung Planungsverband Klinikum Minden, Verbandsversammlung Sparkasse Minden-Lübbecke, Verwaltungsrat Sparkasse Minden-Lübbecke, Stv. Verbandsversammlung Versorgungswerk NRW, Stv. Wittekindshof, Kuratorium
Kurz, Ralf	Arbeitnehmer AG: Bundeswehr		Besucherbergwerk Kleinenbremen, Gesellschafterversammlung Flugplatzbetriebsgesellschaft, Aufsichtsrat Flugplatzbetriebsgesellschaft, Stv. Gesellschafterversammlung Großer Weserbogen, Gesellschafterversammlung Kommunales Rechenzentrum (KRZ), Stv. Beirat Planungsverband RegioPort Weser, Stv. Verbandsversammlung Werre-Wasserverband, Stv. Verbandsversammlung
Lämmel, Uwe	stv. Schulleiter Weser-Kolleg AG: Land NRW		Kliniken im Mühlenkreis i.L., Verbandsversammlung Sparkasse Minden-Lübbecke, Verwaltungsrat Sparkasse Minden-Lübbecke, Stv. Verbandsversammlung
Marin, Cathrin	Pflegepädagogin AG: Mühlenkreiskliniken AöR		Sparkasse Minden-Lübbecke, stv. Verbandsversammlung
Matthies, Klaus Peter		Fa. KPM-Consult (EDV-Bera-tung, Organisationsberatung) Beratervertrag mit BWI / Bundeswehr, Koblenz, Bonn	AML Immobilien GmbH, Gesellschafterversammlung MKB, Gesellschafterversammlung Sparkasse Minden-Lübbecke, Stv. Verbandsversammlung
Meyer, Günter	Rentner		Erholungsbereich Große Aue, Stv. Verbandsversammlung Mühlenkreiskliniken AöR, Stv. Verwaltungsrat Stadtsparkasse Rahden, Verwaltungsrat und Risikoausschuss Stiftung "Standort hier" Stadtsparkasse Rahden
Meyer, Hans-Eckhard	Geschäftsführer AG: Dr. Bock-Gruppe		Kliniken im Mühlenkreis i.L., stv. Verbandsversammlung Mühlenkreiskliniken AöR, Verwaltungsrat WirtschaftsförderungsGmbH Rahden, Gesellschafterversammlung
Mogge, Ludger	Arbeitnehmer AG: NW Medienservice Nord GmbH - Medien	Übersetzungsdienst	Verkehrsverbund OWL, Verbandsversammlung
Möllering, Dirk	Ruheständler (ehemals Ltd. Verwaltungsdirektor bei der VHS)		Kliniken im Mühlenkreis i. L., Stv. Verbandsversammlung Planungsverband Klinikum Minden, Stv. Verbandsversammlung Sparkasse Minden-Lübbecke, Verwaltungsrat Sparkasse Minden-Lübbecke, Stv. Verbandsversammlung Stiftung Preußen Museum NRW, Stv. Stiftungsrat
Nolte-Ernsting, Alexander		Handelsgewerbe Maschinenbau	MHV, Gesellschafterversammlung Mühlenkreiskliniken AöR, Stv. Verwaltungsrat Verkehrsverbund OWL, Verbandsversammlung
Ochsenfarth, Melanie			Besucherbergwerk Kleinenbremen, Aufsichtsrat Kommunalarchiv Minden, Beirat Mühlenkreiskliniken AöR, Verwaltungsrat Planungsverband Klinikum Minden, Verbandsversammlung Sparkasse Minden-Lübbecke, Stv. Verwaltungsrat Sparkasse Minden-Lübbecke, Verbandsversammlung
Öpping, Sven	Beamter / Förderschullehrer AG: Land NRW Aushilfe AG: Wortmann AG, Hüllhorst	Photovoltaikanlage, freiberufliche Tätigkeit für Pressearbeit	Kommunalarchiv Minden, Stv. Beirat Sparkasse Minden-Lübbecke, Verbandsversammlung
Östermann, Nadine	Steuerinspektorin AG: Land NRW / Finanzamt Bünde		
Pieper, Rudolf	Sonderpädagoge AG: Ev. Stiftung Gotteshütte		AML Immobilien GmbH, Gesellschafterversammlung GVoA, Aufsichtsrat Kliniken im Mühlenkreis i.L., Verbandsversammlung Mühlenkreiskliniken AöR, Verwaltungsrat Mühlenkreis Service GmbH, Aufsichtsrat Planungsverband RegioPort Weser, Stv. Verbandsversammlung
Pock, Ulrich	Geschäftsführer AG: SPD OWL und SPD Kreistagsfraktion		
Rabe, Frank	Geschäftsstellenleiter AG: Volksbank Mindener Land eG		AML Immobilien GmbH, Gesellschafterversammlung Erholungsbereich Große Aue, Stv. Verbandsversammlung GVoA, Aufsichtsrat Naturpark Dümmer e.V., Mitgliederversammlung
Riechmann, Kurt		Landwirt	Mühlenkreiskliniken AöR, Verwaltungsrat Sparkasse Minden-Lübbecke, Stv. Verbandsversammlung
Riesmeier, Wilhelm	Studienrat AG: Land NRW		Erholungsbereich Große Aue, Verbandsversammlung Naturpark Dümmer e.V., Stv. Mitgliederversammlung Sparkasse Minden-Lübbecke, Verwaltungsrat Sparkasse Minden-Lübbecke, Verbandsversammlung Stemweder WirtschaftsförderungsGmbH, Gesellschafterversammlung Zweckverband Aue-See Zweckverband VHS Lübbecke Land

Angaben nach § 53 KrO NRW i. V. m. § 95 Abs. 2 GO NRW

- Kreistagsmitglieder -

1. Name, Vorname	2. ausgeübter Beruf	2.1 selbstständige Tätigkeit	3. bis 5. Mitgliedschaft - in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien - in Organen verselbstständigter Aufgabenbereiche des Kreises - Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Rinne, Marco	technischer Angestellter AG: Dipl. Ing. W. Rinne, Bad Oeynhausen		AML Immobilien GmbH, Gesellschafterversammlung Großer Weserbogen, Gesellschafterversammlung GVoA, Aufsichtsrat Planungsverband RegioPort Weser, Verbandsversammlung Werre-Wasserverband, Verbandsversammlung
Robert, Annegret			Kliniken im Mühlenkreis i.L., Stv. Verbandsversammlung Mühlenkreiskliniken AöR, stv. Verwaltungsrat Volksbank Minden, Aufsichtsrat
Röckemann, Thomas	Rechtsanwalt AG: RAe Röckemann, Seeger und Kollegen	Abgeordneter des Landtags NRW	Kommunalarchiv Minden, Beirat
Rongen, Susanne			Besucherbergwerk Kleinenbremen, Aufsichtsrat Großer Weserbogen, Stv. Gesellschafterversammlung Planungsverband Klinikum Minden, Stv. Verbandsversammlung
Sawade-Meyer, Brigitte	Lehrerin i. R. AG: BR Detmold		Sparkasse Minden-Lübbecke, Verbandsversammlung Trägerverein ehem. Synagoge Petershagen e.V., Stv. Mitgliederversammlung
Schlüter, Karlheinz			Mühlenkreiskliniken, Verwaltungsrat Sparkasse Minden-Lübbecke, Stv. Verwaltungsrat Sparkasse Minden-Lübbecke, Verbandsversammlung
Schmelzer, Cornelia	Leiterin Buchhaltung / Personal AG: EFI Wind GmbH		Erholungsbereich Große Aue, Stv. Verbandsversammlung Mühlenkreiskliniken AöR, Stv. Verwaltungsrat
Schürmann, Ruth	Vorsitzende Richterinnen VG Minden AG: Land NRW		
Schütte, Rolf Dieter		Landwirt (Rentner)	Höhere Landbauschule Herford, Beirat Naturpark Terra Vita, Stv. Mitgliederversammlung Sparkasse Minden-Lübbecke, Verbandsversammlung Verkehrsgesellschaft Landkreis Osnabrück, Aufsichtsrat Wasserverband Große Aue, Vorstand
Seeker, Hermann		Landwirt Landwirtschaftlicher Betrieb / Schwerpunkt Ackerbau 25 % Anteil an Bioenergie Pr. Ströhen GmbH & Co. KG	BSB - Landwirtschaftliche Buchführung, Aufsichtsrat Erholungsbereich Große Aue, Stv. Verbandsversammlung Planungsverband RegioPort Weser, Stv. Verbandsversammlung Werre-Wasserverband, Stv. Verbandsversammlung
Senckel, Christel			ArbeitsLebenZentrum e.V., Stv. Mitgliederversammlung Bürgerstiftung Espelkamp, Kuratorium Erholungsbereich Große Aue, Verbandsversammlung Gauselmann-Stiftung, Kuratorium Sparkasse Minden-Lübbecke, Verwaltungsrat Sparkasse Minden-Lübbecke, Stv. Verbandsversammlung Stadtwerke Espelkamp AöR, Stv. Verwaltungsrat
Sierig, Karl-Ludwig	Rentner		VHS Minden, Verbandsversammlung VHS Minden-Bad Oeynhausen
Specht, Matthias	Sachbearbeiter AG: Land NRW, BR Detmold		AML Immobilien GmbH, Gesellschafterversammlung Auguste-Viktoria-Klinik, Aufsichtsrat GVoA, Stv. Gesellschafterversammlung Kliniken im Mühlenkreis i.L., Verbandsversammlung Mühlenkreis Service GmbH, Aufsichtsrat Mühlenkreiskliniken AöR, Verwaltungsrat
Spönemann, Margret			AML Immobilien GmbH, Gesellschafterversammlung GVoA, Aufsichtsrat Sparkasse Minden-Lübbecke, Stv. Verwaltungsrat
Strobel, Claudia	Pflegeassistentin AG: Ludwig-Steil-Hof Espelkamp		
Traue, Adelheid			Kommunalarchiv Minden, Beirat Mühlenkreiskliniken AöR, Stv. Verwaltungsrat
Dr. Vieker, Henning	Wissenschaftler AG: CNM Technologies GmbH Bielefeld		Erholungsbereich Große Aue, Verbandsversammlung MHV, Aufsichtsrat MKB, Aufsichtsrat Sparkasse Minden-Lübbecke, Stv. Verwaltungsrat Sparkasse Minden-Lübbecke, Stv. Verbandsversammlung Stiftung Volksbank Lübbecke Land, Kuratorium Veranstaltergemeinschaft Radio Westfalica, Mitgliederversammlung Verkehrsverbund OWL, Verbandsversammlung Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe, Verbandsversammlung
Wagner, Markus		Wohnheime für psychisch Kranke Berolina GmbH Abgeordneter des Landtags NRW	Mühlenkreiskliniken AöR, Verwaltungsrat AH Catering GmbH, Berolina Grundstücksgesellschaft
Wandtke, Reinhard			Kliniken im Mühlenkreis i. L., Stv. Verbandsversammlung Mühlenkreiskliniken AöR, Stv. Verwaltungsrat Sparkasse Minden-Lübbecke, Verwaltungsrat Werre-Wasserverband, Verbandsversammlung
Weber, Hans-Jürgen	Geschäftsführer AG: Deutsches Rotes Kreuz		Kliniken im Mühlenkreis i.L., Stv. Verbandsversammlung Mühlenkreiskliniken AöR, Stv. Verwaltungsrat Sparkasse Minden-Lübbecke, Stv. Verbandsversammlung Trägerverein ehem. Synagoge Petershagen e.V., Stv. Mitgliederversammlung
Prof.-Dr.-Ing. Weinig, Johannes	Professor AG: Land NRW / FH Bielefeld		Kommunalarchiv Minden, Stv. Beirat Planungsverband Klinikum Minden, Stv. Verbandsversammlung Planungsverband RegioPort, Stv. Verbandsversammlung